WWW.DIEWIRTSCHAFT-KOELN.DE | AUSGABE 08.21

DIE WIRTSCHAFT

DAS WIRTSCHAFTS-MAGAZIN FÜR KÖLN UND DIE REGION

BLACKOUT MIT FATALEN FOLGEN

Zurück ins Mittelalter ohne elektrische Energie

AUSGEWOGEN IM LEBEN STEHEN

Work-Life-Balance im Alltag

KONJUNKTUR ERHOLT SICH

Wirtschaft zuversichtlich

Illustration: AmannDesign

Time for exchange.

Inspiration trifft Innovation trifft Mehrwert auf der imm cologne 2022.

Live in Köln – 365 Tage digital.

imm cologne

the interior business event
17.–23. Januar 2022
imm-cologne.de

koelnmesse

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

der Prinz kütt – nit! Zumindest der Karnevalsauftakt am 11. im 11. auf dem Heumarkt musste ohne Prinz Sven I. über die Bühne gehen. Denn der Frontmann des närrischen Treibens wurde am Tag zuvor positiv auf das Coronavirus getestet. Dass damit auch seine Mitstreiter Bauer Gereon und Jungfrau Gerdemie zunächst mal aus dem Karnevalsverkehr gezogen wurden, war die logische Folge. Übrigens war der Tag vor dem Sessionsauftakt für das Virus ein neuer Rekordtag – mehr als 50.000 Neuinfektionen bundesweit zeigen, dass wir bei der Pandemie noch längst nicht am Schmitz Backes vorbei sind. Und die Bilder von der Feiermeile Zülpicher Straße vom 11.11. lassen nichts Gutes erahnen.

Was passiert eigentlich, wenn bei uns der Strom ausfällt? Also nicht für ein, zwei Stunden, weil in irgendeinem Umspannwerk mal eine Sicherung rausfliegt. Sondern über mehrere Tage oder Wochen? Dieses Szenario spielen wir in unserer Titelgeschichte durch. Und erklären die komplizierte Gemengelage aus dem frühen Ausstieg aus der Atomkraft und der Braunkohle, der Preisentwicklung von Strom und alternativen Formen der Energiegewinnung. Fakt ist: Der Bedarf an Energie wird die kommenden Jahre weiter steigen. Die Preissteigerungen werden für alle sichtbar. Mal mehr, zum Beispiel an den Zapfsäulen. Mal weniger, etwa bei Mieterhöhungen, durch stärkere Inflation und weitere Preiserhöhungen.

Ziehen Sie doch einfach mal Bilanz bei Ihrer Balance. Wobei es hier nicht um Ihren Gleichgewichtssinn gehen soll. Vielmehr wollen wir darlegen, wie wichtig die sogenannte Work-Life-Balance für den Menschen ist. Arbeit, finanzielle Absicherung – gut und schön. Aber wenn dabei das Private auf der Strecke bleibt, der Beruf den Feierabend einnimmt und sich auch am Wochenende in den Vordergrund schiebt, dann läuft was schief. Viele Mitarbeiter wollen in diesem Hamsterrad nicht mehr mitlaufen und sind sogar bereit, auf Geld zu verzichten und die Arbeitszeit zurückzufahren, um mehr Zeit für Familie und Freunde zu haben. Denken Sie mal darüber nach.

Andere wären schon froh, in Köln überhaupt ein Dach über dem Kopf zu haben. Und zwar ein bezahlbares Dach. Für alle Familientypen ist das Finden einer neuen Bleibe fast schon ein Ding der Unmöglichkeit. Das knappe Angebot treibt die Preise, steigende Kosten für Strom und Gas tun ein Übriges. Vor angebotenen Mietwohnungen stehen die Interessenten Schlange, sie machen sich quasi nackig, um Vermieter zu überzeugen, gerade sie zu nehmen. Und müssen sich dann noch mit Vormietern auseinandersetzen, die ihre zwanzig Jahre alten IKEA-Kommoden zu Gold machen wollen. Hier ist die Stadt gefragt, ausreichend Bauland für neuen, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Wie in Köln grün und nachhaltig gebaut werden kann, erläutern die Architekten Monika und Reinhard Lepel im Interview.

Das Team von DIE WIRTSCHAFT wünscht Ihnen trotz aller Widrigkeiten eine schöne Vorweihnachtszeit, ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Bleiben Sie gesund, passen Sie auf sich auf und bleiben Sie uns gewogen.

Herzlichst

Eugen Weis, Herausgeber

IMMER UP TO DATE

www.diewirtschaft-koeln.de

HIGHLIGHTS DIESER AUSGABE

Illustration: AmannDesign

SENSIBLE ENERGIE

Rasante Inflation und Sorgen vor dem Blackout

.....ab Seite 06

Foto: amnaj - stock.adobe.com

IMMOBILIENMARKT

Stagnierende Preise, zuversichtliche Branche

.....ab Seite 14

Foto: adrian_ilie825 - stock.adobe.com

WORK-LIFE-BALANCE

Privates und Berufliches gesund managen

.....ab Seite 16

IMPRESSUM

Verlag und Herausgeber:
Weis Wirtschaftsmedien GmbH
Eugen Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon 0221.4743924
info@diewirtschaft-koeln.de
www.diewirtschaft-koeln.de

Objekt- und Anzeigenleitung:
Alex Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon: 0221.4743924
anzeigen@diewirtschaft-koeln.de

Redaktionsleitung:
Matthias Ehlert (ViSdP)
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
redaktion@diewirtschaft-koeln.de

Redaktion:
Matthias Ehlert *(me)*, Heribert Eiden *(he)*, Monika Eiden *(mei)*, Christian Esser (ce), Jana Leckel (jl), Astrid Waligura *(aw)*, Eugen Weis *(ew)*

Jahrgang: 6, Heft 8/2021

Auflage: 17.000 Exemplare

Fotos: stock.adobe.com, Alex Weis, Envato, sowie Kunden und privat

Druck: Druckhaus DOC
Zeißstr. 23-27, 50171 Kerpen
Telefon: 02237.9757011

Gestaltung / Layout:
amannDESIGN
Rixdorfer Str. 9, 51063 Köln
Telefon 0221.3465088
www.amanndesign.de

© Weis Wirtschaftsmedien GmbH 2021 - Nachdruck und Vervielfältigungen jeglicher Art, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT / oder beim Verlag bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Es gelten unsere AGBs. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Unser Verlag wird beraten und rechtlich vertreten durch: Rechtsanwälte Stiletto Wilhelm & Kollegen.

Foto: vegefox.com - stock.adobe.com

URBANE DIGITALISIERUNG

Mehr Tempo gefordert

..... ab Seite 22

Foto: Justlife - stock.adobe.com

KONJUNKTUR

Branchen im Aufwind

..... ab Seite 29

Foto: Bettina Malik

ARCHITEKTUR

Beitrag für Klimaschutz

..... ab Seite 38

WEITERE THEMEN:

Kölns Haushalt 2022 ..... S. 11
Re-Start Koelnmesse ..... S. 25
Zukunft der Mobilität ..... S. 26
Geldwäsche ..... S. 34
Rentner im Job ..... S. 36
... und vieles mehr ...

IMMER UP TO DATE

www.diewirtschaft-koeln.de

Hinweise: Es gilt die Anzeigenpreisliste aus November 2020. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Falle die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt DIE WIRTSCHAFT keine Haftung. Für fehlerhafte oder unterbliebene Angaben übernehmen wir keine Gewähr.
Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.
Es gelten unsere AGBs.

Copyright/ Urheberrecht: Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung von Weis Wirtschaftsmedien GmbH.
Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Datenschutz/Disclaimer: Sie finden in unserer Print-Ausgabe an verschiedenen Stellen sogenannte QR-Codes. Diese ermöglichen Ihnen mit einer App für das Smartphone oder Tablet diese einzuscannen. Daraufhin werden Sie bequem direkt zu dem jeweiligen Online-Angebot weitergeleitet. Auf unserem Internetangebot finden Sie bspw. weiterführende Infos oder können direkt an Gewinnspielen teilnehmen. Dabei erheben wir Analysedaten für statistische Zwecke und zur Verbesserung unseres Angebots, die wir bspw. durch anonymisiertes Tracking erfassen. Es werden dabei keinerlei persönliche Daten erfasst oder an Dritte weitergegeben.
Weitere Informationen und die Möglichkeiten diese Datenerhebung zu unterbinden finden Sie online in unserer Datenschutzerklärung unter: www.diewirtschaft-koeln.de/datenschutzerklaerung
Zudem können Sie direkt auf Links klicken, die sich in unserer Ausgabe befinden (z.B. im E-Paper oder der PDF-Version). Der Verlag übernimmt dabei keine Haftung für etwaige Fehler oder Irrtümer und wir weisen daraufhin, dass allein die jeweiligen Seitenbetreiber für die Inhalte verantwortlich sind.

Stand November 2021

Bei **AMP**, **Local Based Services**, **Responsive-Design** oder **DSGVO** stehen Sie auf dem Schlauch?

KEIN PROBLEM!

SEARCH ENGINE OPTIMIZATION (SEO)
WEBSITE-BUILDING
SOCIAL MEDIA BETREUUNG
MARKETING
DSGVO-BERATUNG
E-COMMERCE
SEARCH ENGINE MARKETING (SEM)
MOBILE APPS

Ob lokaler Dienstleister, KMU, Start-up oder Großprojekt: Mit über 10 Jahren Erfahrung in der digitalen Welt, helfen wir auch Ihnen beim erfolgreichen Auf- oder Ausbau Ihrer Online-Präsenzen.

CityNEWS

CityNEWS Verlag
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Tel.: 0221 - 47 43 923
info@citynews-koeln.de

Illustration: amannDESIGN

EIN BLACKOUT MIT FATALEN FOLGEN

Zurück ins Mittelalter ohne elektrische Energie

Was passiert eigentlich, wenn in Deutschland der Strom ausfällt? Also nicht einfach irgendwo in Deutschland oder bei einem daheim oder in der Firma, sondern im ganzen Land? Keine schöne Vorstellung, vor allem, wenn man dieses Szenario über mehr als eine Woche durchspielt – ein Abstecher in lang vergangene Zeiten.

Ohne elektrische Energie funktioniert in unserem Alltag fast gar nichts. Wird der Strom ausgeknipst, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass es binnen Sekunden erste Todesopfer geben wird. Ampelanlagen fallen aus, es kommt zu schweren Unfällen, Rettungsdienste mit dem Handy zu rufen wird auch nicht funktionieren. Wohl dem, der noch einen Grill und ausreichend Holzkohle daheim hat, so kriegt man zumindest noch eine warme Mahlzeit hin, denn Ofen und Herd bleiben sicher kalt. Manch ein Privathaushalt verfügt womöglich noch über einen Generator mit Dieselantrieb, mit dem eine Krise zwischenzeitlich überbrückt werden kann, doch auch die Versorgung an den Zapfsäulen kann ohne Strom nicht mehr gewährleistet werden. Ist der Kanister leer, gibt auch der Generator auf. Zudem ist Eile geboten, denn die Supermarktregale werden in den folgenden Tagen schnell leer gefegt sein. Und anders als zu Beginn der Coronapandemie fehlen dann nicht nur schnell Toilettenpapier und Pasta, alle Nahrungsmittel sind in kurzer Zeit vergriffen und große Hoffnung auf Nachschub für die leeren Regale ist bei solch einer Krise ebenfalls nicht in Sicht. Wohl dem, der noch eine Bargeldreserve für den Einkauf daheim hortet, denn aus der Kreditkarte wird bei einem Blackout im Stromnetz nur noch ein wertloses Stück Plastik, egal wie hoch der Kontostand ist. Genauso steht es dann um die beliebten Smartphones. Bereits nach wenigen Tagen brechen die Notstromanlagen in Kranken- und Pflegeeinrichtungen zusammen, nicht arbeitsfähige Müllentsorgungs- und Abwassersysteme erzeugen schnell die Gefahr von Seuchenausbrüchen. Trinkwasser wird dann auch knapp. Und nach gut einer Woche gehen auch den Atomkraftwerken schließlich die Stromreserven aus. Die Kühlsysteme versagen, es kommt zur Kernschmelze und zum GAU. In dieser Rechnung kommen die gesellschaftlichen Folgen wie Plünderungen oder sonstige Straftaten gar nicht erst vor – die Anarchie, die dann im ganzen Land herrschen würde, will man sich wirklich nicht ausmalen.

Zwei Beinahe-Blackouts in 2021

Klingt ganz schön düster, oder? Die Gefahr, dass das eintritt, ist derzeit doch sehr gering, zumindest in einem solch extremen Ausmaß, dass tatsächlich tage-, vielleicht sogar wochenlang der Strom fehlt. Im Durchschnitt fiel bei jedem Haushalt bzw. Unternehmen im Jahr 2020 für etwa 10,73 Minuten der Strom aus. Gemessen an den insgesamt 527.040 Minuten, die das vergangene Schaltjahr hatte, wirkt dies verkraftbar. 2019 blieb im Durchschnitt etwa eineinhalb Minuten länger der Strom weg. Doch wussten Sie, dass die Bundesrepublik in diesem Jahr bereits zweimal kurz vor einem Blackout im Stromnetz stand? Wahrscheinlich nicht, denn wirklich kommuniziert wurde dies nicht. Zu Beginn des Jahres wie noch ein weiteres Mal im Frühjahr wurde es kritisch. Bereits 2011 warnte das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag vor den Folgen eines Blackouts. Was zunächst für manche einfach nur lästig und bisweilen sogar amüsant sein könnte, würde binnen weniger Tage zu einer Katastrophe reifen, die deutlich schlimmere Folgen als Flut- oder andere Wetterextreme hervorrufen könnte. Ein Blackout sei zudem wahrscheinlicher als eine Pandemie und Unwetterkatastrophen. Beides mussten wir binnen der vergangenen 18 Monate erleben und müssen es im Fall der Coronapandemie noch immer. Und wie der Zwischenfall zu Beginn des Jahres am 8. Januar zeigte, als es fast zu einem Blackout kam, muss der Auslöser für solch einen Zwischenfall nicht unbedingt in Deutschland liegen. Das Stottern im Strommotor ging von einem Kraftwerksausfall in Rumänien aus, die Folgen waren bis nach Österreich zu spüren. Zwischenzeitlich wurde die zweithöchste Warnstufe

Foto: Anselm - stock.adobe.com

Verfügbare Flächen für Windkraft sind rar geworden in Deutschland

für solche Zwischenfälle ausgerufen. Ein kompletter Blackout konnte aber noch einmal abgewendet werden. Und weil Deutschland zunehmend Kraftwerke im Zuge der Energiewende vom Netz nimmt, erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit für Blackouts künftig noch weiter. Die Rechnung ist simpel: Je mehr Kraftwerke in Europa arbeiten, desto geringer sind die Auswirkungen, wenn eines davon einmal nicht richtig arbeiten kann oder vorübergehend ausfällt.

Ersatz für Atom- und Kohlestrom

Dass wir aber zunehmend auf Energie aus dem Ausland angewiesen sind, ist Realität. Klar ist, dass schon heute große Mengen an Kraftstoffen wie Benzin und Diesel wie auch Erdgas massenweise importiert werden. Beim elektrischen Strom sieht die Lage derzeit noch anders aus. Derzeit kann Deutschland noch mehr Strom exportieren, als importiert werden muss. Allerdings brach der Nettoexport von 2019 auf 2020 um etwa 46 Prozent ein. Der Überschuss wird also immer geringer.

Das wäre nicht besonders problematisch, wenn der Energiebedarf künftig nicht weiter steigen würde – tut er aber. Wer mobil sein möchte, steigt vom Verbrenner- auf E-Fahrzeuge um, in Köln wimmelt es von E-Scootern und auch der ÖPNV will klimafreundlicher werden. Was vorher mit Benzin, Diesel und Co. betrieben wurde, benötigt nun elektrische Energie. Der Bedarf steigt, doch kommt Deutschland beim Ausbau der eigenen Stromerzeugung kaum hinterher. Gleichzeitig steigt die Bundesrepublik erst aus der Atomkraft aus und nach Plänen der künftigen „Ampel“ in Berlin soll der Kohleausstieg nach Möglichkeit schon 2030 erfolgen, acht Jahre früher als ursprünglich geplant.

Flaute bei Windrädern

Was an Energie aus Atomkraftwerken und Braunkohletagebauten fehlt, muss an anderer Stelle gewonnen und ins Stromnetz eingespeist werden. Doch damit dies auch gelingt, braucht es ausreichend Anlagen, die das auch stemmen können. Doch sowohl beim Bau- als auch bei den Genehmigungen bspw. von Windkraftanlagen hapert es massiv. SWR-Recherchen vom Juni dieses Jahres ergaben, dass 2020 nur etwa 770 neue Windkraftanlagen genehmigt wurden, in „guten“ Jahren waren es fast 2.000. Zudem braucht es von der ersten Genehmigung bis zu dem Zeitpunkt, bis sich die Propeller auch tatsächlich, vom Wind angetrieben, in Bewegung setzen, oft mehrere Jahre. Besonders bitter ist es dann, wenn wie Ende September bzw. Anfang Oktober binnen weniger Tage gleich zwei Anlagen durch Brände schwer beschädigt wurden. Die Verfahren für neue Anlagen sind aufwendig, Proteste von Bürgern mit anhängigen Verfahren vor Gerichten verzögern die Bauten massiv. Ein weiteres Problem bei der Windkraft: Es fehlt zunehmend an Plätzen, wo neue Anlagen noch entstehen können. In NRW, so gilt es seit Juli 2021, dürfen Windkraftanlagen nicht näher als 1.000 Meter an Wohngebiete heranrücken. Dies gilt nicht nur für die vielen großen Städte, sondern auch für Dorf- und Mischgebiete. Wer einen Blick auf die NRW-Landkarte wirft, wird schnell sehen, dass es im bevölkerungsreichsten Bundesland mit dieser Regelung kaum noch Spielraum für viele weitere Windkraftanlagen gibt.

Wenn „das himmlische Kind“ nicht ausreicht, braucht es Alternativen. Große Hoffnungen legen Politik und Wirtschaft in Wasserstoff. Gerade bei energieintensiven Industriezweigen, wie bspw. der Stahlproduktion, ist das Ziel, dass diese möglichst CO2-frei stattfinden. Doch muss Wasserstoff erst einmal in ausreichenden Mengen dafür produziert werden, und dies möglichst „grün“. Laut Bundesministerium für Wirtschaft und Energie soll Wasserstoff künftig „als vielfältig einsetzbarer Energieträger eine Schlüsselrolle einnehmen. Klimafreundlich hergestellter Wasserstoff ermöglicht es, die CO2-Emissionen vor allem in Industrie und Verkehr dort deutlich zu verringern, wo Energieeffizienz und die direkte Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien nicht ausreichen.“ Wie eine neue Bundesregierung, die, so wie es derzeit der Plan ist, im Dezember 2021 ihre Arbeit aufnimmt, energiepolitisch verfahren wird, ist derzeit noch nicht abzusehen. Ihr ist im Interesse aller zu wünschen, dass sie dabei keinen „Blackout“, sondern zukunftsfähige Lösungen anzubieten hat.

Christian Esser

Foto: Christian Schwier - stock.adobe.com

Auslaufmodell: Atomkraftwerke in Deutschland

Foto: emmi-stock.adobe.com

HÖHENFLUG DER ENERGIEPREISE

Rasanter Preisanstieg belastet Verbraucher und Wirtschaft

Gas, Öl, Strom – die Preise für Energie kennen derzeit nur eine Richtung: steil nach oben. Die erheblichen Preissteigerungen sind längst bei Unternehmen und Verbrauchern angekommen, die Inflation ist so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Erste Branchen fürchten bereits um ihre Existenz, wenn nicht bald gegengesteuert wird, Sozial- und Wohlfahrtsverbände schlagen Alarm.

Der Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e. V. zeichnet ein dramatisches Bild: „Der rasante Anstieg der Preise für Industriestrom und Erdgas bedeutet für viele mittelständische Industriebetriebe der Stahl- und Metallverarbeitung, dass sie nicht mehr in Deutschland produzieren können – das Rückgrat der deutschen Industrie stirbt. Der Börsen-Strompreis für den Bezug im Jahr 2022 ist seit Oktober 2020 von rund 40 €/MWh auf über 128 €/MWh (Base-Load) gestiegen, der Gaspreis in demselben Zeitraum von unter 30 €/MWh auf knapp 130 €/MWh (zwischenzeitlich auf 160 €/MWh).“ Für Holger Ade, Leiter Industrie- und Energiepolitik im WSM, ist klar: „Wenn die Energiepreise nicht schnell auf ein europäisches Niveau sinken, werden wir leider Insolvenzen sehen, die vermeidbar gewesen wären, erste Fälle gibt es bereits.“

CO_2-Preis steigt, EEG-Umlage sinkt

Die steigenden Energiepreise treiben zunehmend auch die Preise für Produkte in die Höhe. So ist mit einem Anstieg der Brotpreise bei Bäckereien zu rechnen. Der Betrieb der Öfen ist energieintensiv. Die steigenden Preise für den Betrieb werden die Bäcker mit ihren geringen Margen schnell an die Verbraucher weitergeben. Ein Lichtblick für Unternehmen und private Verbraucher ist, dass im kommenden Jahr die EEG-Umlage deutlich sinken wird. Derzeit liegt die EEG-Umlage noch bei 6,5 Cent je Kilowattstunde. Im kommenden Jahr reduziert sich dieser Betrag auf 3,723 ct/kWh, ein Rückgang um etwa 43 Prozent. „Die EEG-Umlage 2022 liegt auf dem niedrigsten Stand seit 10 Jahren“, sagt Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). „Die erneuerbaren Energien werden gegenüber fossilen Energieträgern immer wettbewerbsfähiger. Gerade in Zeiten, in denen die Weltmarktpreise von Gas, Öl, Kohle steigen, ist die stark gesunkene EEG-Umlage eine gute und wichtige Nachricht für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland wie auch für die Wirtschaft, vor allem den Mittelstand. Ich sage aber deutlich: Auf diesem Niveau dürfen wir mit der EEG-Umlage nicht stehen bleiben. Die gesunkene EEG-Umlage 2022 darf nicht als Einmaleffekt verpuffen. Wir müssen die EEG-Umlage so schnell wie möglich komplett abschaffen, um gerade in der aktuellen Lage zu Entlastungen zu kommen.“

Die Entlastung durch die geringere EEG-Umlage wird in großen Teilen allerdings von der Steigerung bei der CO2-Bepreisung wieder egalisiert. Seit 2021 wird ein CO2-Preis erhoben. Dieser beträgt derzeit noch 25 Euro je Tonne CO2. Für einen Liter Kraftstoff bzw. Heizöl entspricht dies derzeit etwa zehn Cent. Bis 2025 soll die CO2-Bepreisung schrittweise auf bis zu 55 Euro je Tonne CO2 angehoben werden.

Welche Erwartungen haben die Märkte?

Die Lage bez. der Inflation, die besonders durch die stark gestiegenen Energiepreise getrieben wird, wird sich bald entspannen, wie das DIW vermutet. Trotzdem gibt es eine große Gefahr für die Wirtschaft: „Steigen bei anhaltender Teuerung die Inflationserwartungen der Märkte, könnten sie eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen. Die Europäische Zentralbank sollte sich für diesen Fall wappnen und gegebenenfalls ihre Kommunikation, eventuell auch ihre Geldpolitik, anpassen“, so Kerstin Bernoth, Stellvertretende Abteilungsleiterin in der Abteilung Makroökonomie beim DIW Berlin.

Neben den Unternehmen treffen die stark gestiegenen Energiekosten auch die privaten Verbraucher. Besonders prekär ist die Lage für Geringverdiener. Gas und Öl haben

Foto: vchalup - stock.adobe.com

Bei immer höheren Energiepreisen macht der Blick auf den Stromzähler keine Freude

sich massiv verteuert. Ein Großteil der deutschen Haushalte heizt mit Gas oder Öl. Auch bei gleichbleibenden Weltmarktpreisen für beide Energieträger werden die Heizkosten für die Haushalte durch die CO2-Bepreisung in den kommenden Jahren weiter steigen. Neben der Tatsache, dass das Heizen tendenziell immer teurer wird, haben die zahlreichen Gas- und Ölheizungen noch einen weiteren negativen Effekt – sie sind Gift für das Klima. In den vergangenen Jahren haben die Bundesregierungen es verpasst, größere Anreize zum Umrüsten zu schaffen. Der Gebäudesektor hinkt den angestrebten Klimazielen deutlich hinterher. Energetische Sanierungen von bestehenden Gebäuden gibt es zu selten und auch in Neubauten werden immer noch zu großen Teilen Gasherme und Co. verbaut. Diese Anlagen sind in der Anschaffung zwar deutlich günstiger als Systeme rund um Wärmerückgewinnung mit Wärmepumpen, Geothermen und Solaranlagen, allerdings sind die Verbraucher über die Gas- und Ölpreise an die Mechanismen der Märkte gekoppelt. Steigen die Marktpreise für fossile Energieträger, schrauben sich auch die jährlichen Kosten immer weiter in die Höhe und werden zusätzlich von der CO2-Bepreisung angetrieben.

Bundesregierung reagiert kurz vor den Wahlen

Nur wenige Tage vor den Bundestagswahlen hat die Bundesregierung Maßnahmen für den Sektor Gebäude beschlossen. Damit soll der Gebäudesektor künftig mehr zum Klimaschutz beitragen, indem Treibhausgasemissionen reduziert werden. „Wir stellen für 2021 noch mal insgesamt 11,5 Milliarden Euro für die energetische Gebäudesanierung zur Verfügung. Das sind nie da gewesene Rekordsummen und gut angelegtes Geld für Klimaschutz und für Arbeitsplätze. Die Gelder kommen an. Häuslebauer nutzen die Förderung. Allein bis Mitte September wurden 10,6 Milliarden Euro Fördergelder bewilligt. Wir rechnen im Gesamtjahr 2021 mit Bewilligungen von über 15 Milliarden Euro, vielleicht mit bis zu 18 Milliarden Euro“, so Bundeswirtschaftsminister Altmaier. „Zusätzlich stellen wir für 2022 1 Milliarde Euro für den klimagerechten sozialen Wohnungsbau bereit. Damit können energetisch hochwertige Sozialwohnungen neu gebaut oder bestehende Sozialwohnungen energetisch saniert werden. Klimaschutz und bezahlbarer Wohnraum dürfen kein Widerspruch sein.“ Laut Bundeswirtschaftsministerium hat sich die Zahl der Anträge im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum fast verdoppelt und stieg auf etwa 600.000.

Wie die Politik gegensteuern könnte

Das Problem mit den rasant steigenden Energiepreisen ist in der gesamten EU präsent. Daher soll diese Lage auch auf EU-Ebene gelöst werden. Der Politik stehen dazu drei gängige Instrumente zur Verfügung. Eine Möglichkeit ist, dass die EU als Verbund Energieträger einkauft. Das Verfahren wurden in der Coronapandemie über den gemeinsamen Einkauf von Impfstoffen bereits erprobt. Dies hatte Vor- und Nachteile. Ob der gemeinschaftliche Einkauf auf Dauer auch zu niedrigen Preisen führt, ist allerdings fraglich. Eine weitere Variante wäre die direkte Entlastung von privaten Haushalten und Unternehmen über direkte Zahlungen an die Betroffenen. Frankreich plant Energie-Checks zu verteilen, um Verbraucher, gerade in unteren Einkommensgruppen, zu entlasten. Von Sozialverbänden und aus Reihen der Politik gibt es ähnliche Forderungen auch für Deutschland. An der Höhe der Preise ändert dies nichts, bringt allerdings eine vorübergehende Entlastung. Die größte Stellschraube, die EU-weit und in Deutschland angepasst werden könnte, ist die der Besteuerung. Laut IW Köln wäre dies „der wohl wirkungsvollste Pfeil im EU-Köcher“. Durch geringere Steuern auf Strom wurden Verbraucher entlastet, zudem könne die grüne Klimapolitik darüber flankiert werden. „Der Strompreis ist eine zentrale Stellschraube zur Stärkung klimafreundlicher Alternativen. Insgesamt bestehen gut 40 Prozent des Haushaltsstrompreises in Europa aus Steuern und Abgaben, in Deutschland ist es sogar mehr als die Hälfte“, bilanziert das IW Köln. Durch eine Senkung der Stromsteuer und weitere Abgaben in Deutschland auf das europäische Minimum könne eine vierköpfige Familie jährlich über 430 Euro sparen.

Christian Esser

Foto: Alexander Raths - stock.adobe.com

Zu wenige rüsten ihre Eigenheime klimafreundlich um

DIE GROSSE ZEITENWENDE

Ein Kommentar zu den Bundestagswahlen

Foto: Achim Wagner - stock.adobe.com

Ein Parlament ohne "echte" Volkspartei - der Berliner Bundestag

Es wird eine Ampel. SPD, Grüne und FDP, sie haben die Chance, eine Koalition der Wahlgewinner zu bilden. Das Klima bei den Verhandlungen der drei Parteien wirkt deutlich besser als noch vor vier Jahren, als „Jamaika" scheiterte. Der Wunsch der Parteien und der Bevölkerung nach Veränderung und Fortschritt ist groß. Fragt sich nur, wie viel davon letztendlich im Koalitionsvertrag noch übrig bleiben wird.

Junge Wähler mögen grün und gelb

Liberal und gut für das Klima – junge Wahlberechtigte, die erstmals oder zum zweiten Mal wählen durften, haben ein klares Votum abgegeben und die einstmaligen „Volksparteien" abgestraft. Gerade junge Menschen durchlebten seit Beginn der Coronapandemie in Deutschland sehr schwere Zeiten. Schule, Berufsschule und Studium waren über Monate hinweg nur eingeschränkt möglich, sofern das mit den Online-Unterrichtsstunden/Vorlesungen überhaupt mal funktioniert hat. Viele junge Menschen verloren im Zuge der Pandemie ihre Anstellung. Hilfsangebote des Bundes waren nur schwer zu beantragen und halfen kaum jemanden. Stattdessen konnten die Parteien punkten, die klare Veränderungen im Wahlkampf angekündigt und die Wünsche ihrer Wähler aufgegriffen hatten. Die Grünen wie auch die FDP haben daher besonders bei den jungen Wählern punkten können. Nur blöd, dass sich beide Parteien bei ihren Programmen eher gegenseitig ausbremsen, auch Selfies ändern dies nicht. CDU und SPD hätten bei ihren Ergebnissen in den jungen Wählergruppen höchstens als Junior-Partner mitregieren dürfen. Dass Olaf Scholz Bundeskanzler wird, scheint sicher. Das gute Ergebnis für ihn und die SPD ist aber nicht dadurch zu erklären, dass der Wahlkampf besonders beeindruckend oder die Leistungen in der Regierung die Wähler überwältigt hätten, sondern durch die Fehler anderer. Bereits im Sommer, noch bevor die Umfragewerte für die CDU/CSU auf Talfahrt gingen, scheiterten die Grünen, die noch im Frühjahr bei mancher Sonntagsfrage auf dem ersten Platz waren, an sich selbst und/oder ihrer Spitzenkandidatin, bevor die Union ihnen folgte. Ein Lacher an falscher Stelle und ständige Sticheleien aus Bayern zeigten, dass die Unionsparteien vor allem mit sich selbst beschäftigt sind. CSU und CDU wirkten im Wahlkampf eher wie zwei Fußballer einer Mannschaft, die sich aber intern so sehr bekämpfen, dass man lieber einen Fehlpass in Kauf nimmt, als zum eigenen Teammitglied zu passen.

Foto: vegefox.com - stock.adobe.com

Der Tod der letzten Volkspartei

Die Union, die große Verliererin der Wahl, muss sich nun schnell neu formieren. Bereits im kommenden Jahr wählt NRW einen neuen Landtag. Dort hat Hendrik Wüst das Amt des Ministerpräsidenten von Laschet bereits erfolgreich übernommen. Ob sich die CDU in NRW bis zu den Landtagswahlen vom Wahldebakel bei der Bundestagswahl erholen kann, ist aber fraglich. Es liegt nun an Wüst, in kurzer Zeit positive Ergebnisse seiner Regierung zu präsentieren und sich den Ruf als „Landesvater" aufzubauen. Apropos aufbauen: Es liegt im Bund nun an SPD, Grünen und FDP, eine Koalition aufzubauen, die stabil eine Legislatur übersteht und für Fortschritt steht in einem Bundestag, in dem es keine Volkspartei mehr gibt. Digitalisierung, Klimaschutz, Energiepolitik, Rente, Pflege und Gesundheit – Themen, bei denen es mehr Tempo und Klarheit braucht, wie man in den kommenden Jahren das Land gestalten möchte. Bei allen Punkten ist in der Vergangenheit viel liegen geblieben.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf, auch bei der Frage, wie zahlreiche Branchen künftig wieder mehr Fachkräfte finden können. Eine neue Koalition in Berlin muss Antworten finden und sich nicht gegenseitig auf „Groko-Niveau" einbremsen. Das bedeutet Stillstand und den kann man sich in einer sich rasant wandelnden Welt nicht leisten. Es braucht eine Zeitenwende in Berlin und für das Land. Und es geht auch um die EU. Auch hier muss Deutschland endlich wieder als Visionär agieren mit eigenen, frischen Ideen und nicht als „Notarzt" wie zuletzt bei zahlreichen Krisen.

Christian Esser

STADT VERABSCHIEDET HAUSHALT

Milliarden-Etat für „Schub“ bei urbanen Megathemen

Foto: Alex Weis

Die Stadt Köln will im Jahr 2022 über fünf Milliarden Euro ausgeben

Der Kölner Rat hat den Haushalt für das kommende Jahr 2022 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2025 beschlossen. Für 2022 plant die Stadt Ausgaben von fast 5,3 Milliarden Euro. Auch im kommenden Jahr rechnet Köln mit einem planerischen Defizit von 227,7 Millionen Euro.

Im Jahr 2022 rechnet der Stadtrat weiterhin mit Belastungen durch die Coronapandemie und die bislang ungeklärte Rechtslage zur Behandlung der daraus resultierenden finanziellen Konsequenzen. Zudem wird sich auch die Flutkatastrophe vom Juli 2021 im Haushalt auswirken. Für das Jahr 2022 plant die Stadt Einnahmen in Höhe von 5,05 Milliarden Euro. Im Jahr 2021 waren es noch 5,11 Milliarden Euro. Gleichzeitig erhöhen sich die Ausgaben auf 5,28 Milliarden Euro. Im laufenden Jahr gibt die Stadt 5,14 Milliarden Euro aus. Die durch Corona veranschlagten Zusatzbelastungen werden mit rund 190 Millionen Euro eingeplant. Auf Basis der aktuellen Gesetzeslage werden aus der Pandemie resultierende Schäden wie 2020 und 2021 auch im Jahr 2022 für das Haushaltsjahr zunächst „ausgebucht“. Das planerische Defizit reduziert sich durch die Ausbuchung auf etwa 37,4 Millionen Euro. „Ich freue mich, dass wir mit dem heute beschlossenen Haushalt wieder frühzeitig Planungssicherheit – zumindest für 2022 – schaffen können. Die Zahlen zeigen aber auch: Wir werden uns gewaltig anstrengen müssen, unsere Gestaltungsambitionen mit Finanzierungsrealismus zu verbinden“, sagt Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert zum Haushaltsbeschluss. Oberbürgermeisterin Henriette Reker beschreibt den Haushalt für 2022 als zukunftsgerecht und glaubt, dass der vorgelegte Haushalt den urbanen Megathemen ordentlich „Schub“ verleihe: „Wir setzen den Weg der Stadt Köln hin zu einer smarten, enkeltauglichen und modernen Metropole im Herzen Europas engagiert fort. Klima, Mobilität, Bildung, Digitalisierung, Wohnen, Soziales und Kultur – dieser Haushalt bringt die urbane Transformation der Stadt Köln voran. Es ist ein Gestaltungshaushalt – trotz der Pandemie.“

Foto: Alex Weis

Lob und Kritik für Haushalt

„Die Verwaltung hat eine solide Haushaltsvorlage geliefert, die ausgeglichen, nachhaltig und enkeltauglich ist. Und das trotz Coronakrise. Besonders wichtig sind uns die Stärkung des Klimaschutzes mit zusätzlich 20 Millionen Euro und die bessere Anpassung Kölns an den Klimawandel. Solche zentralen Bereiche haben wir als Politik nochmals gestärkt, unter anderem durch Gelder für ein neues Naturschutzgebiet in Köln, zusätzliche Unterstützung obdachloser Menschen und eine bessere Radinfrastruktur. So wird ein sehr guter Haushaltsplan noch stärker“, sagt Christiane Martin, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kölner Rat. Bernd Petelkau, Fraktionsvorsitzender der CDU im Kölner Stadtrat, lobt den künftigen Haushalt ebenfalls: „Auch im Haushalt für 2022 sind unsere Schwerpunkte klar zu erkennen: stabile Steuern, steigende Investitionen und mehr Geld für Sicherheit und Sauberkeit. Mit dem 5,2 Milliarden Euro umfassenden Etat bringen wir Köln voran, haushalten nachhaltig und finanzieren starke Initiativen zum Wohle unserer Stadt. Das Gesamtpaket mit unseren politischen Ergänzungen ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen einer wachsenden Stadt. Wir gestalten Köln als lebenswerte Metropole, in der sich die Menschen wohlfühlen.“

Kritik für den geplanten Haushalt kommt aus der Opposition. Für Christian Joisten, Fraktionsvorsitzender der SPD im Kölner Rat, ist der Haushalt „unambitioniert, ohne erkennbare Schwerpunkte und bleibt damit die Antworten auf die weiterhin drängendsten Zukunftsfragen schuldig“. Der SPD-Politiker kritisiert: „Selbst wenn sich die Konstellation im Bündnis geändert hat: Wir können auch in diesem Jahr keine großen Linien erkennen, um die drängendsten Probleme Kölns zu lösen. Wir dürfen nicht vergessen: Die Auswirkungen der Coronapandemie sind noch immer nicht vollständig abzusehen. Trotzdem lässt dieser Haushalt nicht erkennen, wie Köln gestärkt aus dieser einmaligen Krise hervorgehen soll.“

Christian Esser

MEHR PROFIL UND STRAHLKRAFT IN DER REGION GEWINNEN

DIE FAMILIENUNTERNEHMER der Metropolregion Köln Bonn haben Frank Oelschläger zur neuen Vorstandsspitze gewählt

Foto: Christian Walenzyk

Der Vorstand der Familienunternehmer der Metropolregion Köln-Bonn: Kai Arnold, Carsten Schweneker, Holger Müller, Olaf Ziegs, Frank Oelschläger und Jens Stevens (v.l.n.r.)

Er folgt damit Olaf Ziegs, der den Verband sechs Jahre lang erfolgreich geführt hat und nun turnusgemäß den Vorsitz abgab. Ziegs wird als stellvertretender Regionalvorsitzender weiter die Geschicke des Verbands mitgestalten.

Der Fokus richtet sich dabei auf den weiteren Ausbau der Kommunikationsarbeit und der Veranstaltungsformate. Auch will man mit den regionalen Politikern verstärkt in den Dialog treten. Auf diese Weise soll die Stimme der FAMILIENUNTERNEHMER in der Region Köln Bonn noch deutlicher Zeichen setzen. Der Austausch mit den Kölner Parteien beziehungsweise der Politik im Allgemeinen wurde vorangetrieben und nun auch institutionalisiert. Auf diversen Veranstaltungen konnten zahlreiche prominente Köpfe aus Politik und Wirtschaft sowie Kultur und Sport begrüßt werden.

Im Interview mit „Die Wirtschaft“ erläutern Frank Oelschläger und Olaf Ziegs, was sie sich vom künftigen Regierungsbündnis, der Ampel aus Rot-Gelb-Grün, erhoffen: nämlich konkrete Vorschläge, wie die Familienbetriebe nach der Krise wieder gänzlich durchstarten können.

DIE WIRTSCHAFT: Herr Oelschläger, als Mitglied der FAMILIENUNTERNEHMER der Metropolregion Köln Bonn sind Sie vor Kurzem an die Spitze des Vorstands gewählt worden. Was hat Sie zum Schritt an die Spitze veranlasst?

Frank Oelschläger: Ich bin überzeugter Netzwerker und Unternehmer und arbeite daher auch immer sehr gerne in den Organisationen daran, aktiv mitzugestalten. Die Arbeit im Vorstand war in den letzten Jahren sehr intensiv und, wie ich finde, auch erfolgreich und daher habe ich mich gerne für die Nachfolge von Olaf Ziegs zur Verfügung gestellt.

DIE WIRTSCHAFT: Wo werden Sie denn die Schwerpunkte Ihrer Arbeit setzen?

Frank Oelschläger: Generell bin ich ein Freund von „never change a winning system“, denn schließlich war ich ja auch ein Teil dieses Systems. Aber dennoch möchte ich versuchen, neue Akzente zu setzen, und die sehe ich zum Beispiel im proaktiveren Austausch zwischen den Mitgliedern, um den Netzwerkgedanken zu stärken.

DIE WIRTSCHAFT: Die Ampel wird die kommenden vier Jahre die Geschicke des Landes lenken – sind Sie damit zufrieden oder wäre Ihnen Jamaika lieber gewesen?

> Seitens der Politik muss vieles besser und gerechter werden

Frank Oelschläger: Man muss sich mit dem arrangieren, was der Wähler einem beschert. Und jede Regierung hat die Chance verdient, es besser zu machen. Und leider muss man sagen, dass vieles auch besser und gerechter werden muss.

DIE WIRTSCHAFT: Welche Forderungen haben Sie konkret an die neue Regierung?

Foto: Christian Walenzyk

Frank Oelschläger ist neu an der Spitze des Regionalkreises der Metropolregion Köln-Bonn

Frank Oelschläger: Wir als Familienunternehmer brauchen eine starke und vor allem handelnde Regierung und keine, die notwendige Entscheidungen vor sich herschiebt. Neben dem rein betriebswirtschaftlichen Ansatz einer insgesamt besonnenen Steuerpolitik sowie dem dringend gebotenen Abbau von Hemmnissen in der Bürokratie wünsche ich mir sehnlichst, dass sehr schnell in dem Bereich Bildung etwas passiert. Uns fehlen schon heute die Fachkräfte für morgen, die Lage wird sich dramatisch zuspitzen, wenn in den nächsten fünf bis sieben Jahren fast 30 Prozent der Kräfte in den Ruhestand gehen und damit der Wohlstand gefährdet ist.

DIE WIRTSCHAFT: Als Geschäftsführer eines Logistikdienstleisters bekommen Sie alle Tätigkeiten wie auch Untätigkeiten einer Regierung besonders zu spüren. Die Kraftstoffpreise explodieren, die Straßeninfrastruktur ist marode, für Lkw gesperrte Brücken zwingen zu Umwegen – all das verursacht Mehrkosten. Wie weit können Sie die an Kunden weitergeben, wann ist die Kuh gemolken?

Erhebliche Defizite in den Bereichen Bildung, Fachkräftemangel und Digitales

Frank Oelschläger: Neben den von Ihnen aufgeführten Entwicklungen oder besser Fehlentwicklungen gibt es ja zum Beispiel auch in den Bereichen Bildung, Fachkräftemangel und Digitales erhebliche Defizite. Wir können nicht immer alle Kosten beziehungsweise Auflagen an unsere Kunden weitergeben, das heißt, wir müssen andere Möglichkeiten finden, diese Kosten in irgendeiner Form aufzufangen, oder wir bleiben darauf sitzen. Hinzu kommen die nach wie vor viel zu hohen Steuerbelastungen, man könnte auch sagen Steuerungerechtigkeiten.

DIE WIRTSCHAFT: Wie gut ist Ihr Unternehmen bisher durch die Coronakrise gekommen?

Frank Oelschläger: Nach den ersten sehr harten Monaten des Jahres 2020 mit Lockdown, Auftragsrückgängen und temporärer Kurzarbeit verlief das restliche Jahr 2020, aber auch das Jahr 2021 sehr positiv.

DIE WIRTSCHAFT: Ihr Vorgänger hat den persönlichen Kontakt zu Politik und Wirtschaft gesucht und zu interessanten Gesprächsrunden eingeladen. Wollen Sie dies fortsetzen, welche Prominenten haben Sie schon auf dem Zettel?

Verstärkt auch mit regionalen Politikern in den Dialog treten

Frank Oelschläger: Die politische Arbeit ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Verbandes, also ein klares JA. Neben den Bundes- und Landespolitikern wollen wir aber verstärkt auch mit den regionalen Politikern in den Dialog treten.

DIE WIRTSCHAFT: Herr Ziegs, eine letzte Frage an Sie. Sie waren sechs Jahre lang Vorsitzender der FAMILIENUNTERNEHMER, sind jetzt als stellvertretender Regionalvorsitzender wieder im Vorstand. Was können Sie Ihrem Nachfolger außer guten Wünschen mit auf den Weg geben?

Olaf Ziegs: Zuerst bin ich froh, einen so kompetenten und perfekt passenden Nachfolger gefunden zu haben. Natürlich wünsche ich ihm Erfolg und gutes Gelingen. Ich habe Frank Oelschläger die komplette Unterstützung zugesagt, da für mich alle Abläufe Routine sind. Das werde ich wie besprochen auch einhalten und ihn unterstützen, wo es möglich ist. Zudem teilen wir uns nun und in Zukunft die Aufgaben etwas auf, um den „Workload“ für den Einzelnen zu verringern. Außerdem macht mir die Arbeit auch weiterhin sehr viel Spaß und der Austausch im Vorstand sowie der Kontakt zu den Sponsoren und Mitgliedern sind für mich eine sehr bereichernde und angenehme Beschäftigung.

Heribert Eiden

Foto: Christian Walenzyk

Der stellvertretende Regionalvorsitzende von Die Familienunternehmer der Metropolregion Köln Bonn, Olaf Ziegs

EIN VERKÄUFERMARKT

Große Zuversicht im Immobiliensektor, Frust bei Mietsuchenden

Foto: amnaj - stock.adobe.com

Verkäufer haben bei Immobilientransaktionen immer noch die bessere Verhandlungsposition

Wer eine neue Wohnung sucht, der braucht Zeit, Geduld und oft auch viel Geld. Die Preise für Wohn- und Mietobjekte sind in den letzten Jahren rasant gestiegen und auch die Nebenkosten ziehen an. Zudem wird Gentrifizierung ein immer größeres Problem. Ganz anders sieht die Situation für den Immobiliensektor aus. Viele Bauvorhaben und große Nachfrage erzeugen große Zuversicht bei den Unternehmen.

Die Zahlen klingen ernüchternd. 45,8 Prozent der Menschen in Köln fürchten, dass sie sich ihre Wohnung oder ihr Haus künftig nicht mehr leisten können. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag der SPD-Fraktion im NRW-Landtag. Damit liegt Köln über dem NRW-Durchschnitt von 44,4 Prozent. „Die Zahl ist alarmierend“, mahnen die SPD-Abgeordneten. „Der Zustand des Wohnungsmarkts ist unhaltbar. Bei vielen Menschen herrscht Wohnungsangst.“ Allerdings haben 46,9 Prozent NRW-weit auch geantwortet, dass sie derzeit keine Sorgen um bezahlbaren Wohnraum in ihrer Kommune haben. Dennoch sind 84 Prozent der etwa 2.500 Befragten dafür, dass die NRW-Landesregierung mehr in bezahlbaren Wohnraum investieren soll. Genau zwei Drittel fordern, dass der Mieterschutz in NRW gestärkt werden sollte, damit Mieten nicht weiter ansteigen.

Ein Großteil der Wohnungen in NRW sind Mietobjekte, etwa zehn Millionen Einwohner im einwohnerreichsten Bundesland wohnen so. Durch die steigenden Mietpreise müssen Mieter immer größere Anteile ihres Einkommens in ihre Miete investieren. In Köln zahlen mehr als die Hälfte der Mieter anteilig mehr als 30 Prozent für ihre Miete. Die Probleme auf dem lokalen Wohnungsmarkt in Köln haben sich in den vergangenen Monaten wieder deutlich verstärkt. Nachdem die Nachfrage im vergangenen Jahr rückläufig war, weil bspw. Studierende einen Umzug in die Domstadt aufgrund digitaler Vorlesungen im Zuge geschlossener Hochschulen verschoben, finden die Veranstaltungen nun zunehmend wieder in Präsenz statt. Dies hat die Problematik, insbesondere bei günstigen und kleinen Wohnungen in der Domstadt, wieder offenbart. Derzeit bleibt vielen Studierenden nur eine Not-Unterkunft übrig oder sie müssen lange Anfahrten in Kauf nehmen.

Mietpreisanstieg verlangsamt

Laut F+B-Wohn-Index Deutschland hat sich der Preisanstieg bei Kauf- und Mietobjekten zuletzt abgeschwächt. Der Preisanstieg bei Eigentumswohnungen lag im dritten Quartal 2021 bei 0,9 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser stagnierten zuletzt. Auf Jahressicht im Vergleich zum Q3/2020 lag der Preisanstieg bei Eigentumswohnungen bei 4,9 Prozent klar vor der Preisentwicklung bei Ein- und Zweifamilienhäusern mit 3,1 Prozent. „Es deutet sich an, dass die im 2. Quartal 2021 zu beobachtende anziehende Dynamik bei den Neuvertragsmieten nur von vorübergehender Dauer gewesen ist. So sind diese im Vergleich der Quartale Q3/2021 zu Q2/2021 nur noch um 0,2 Prozent, also noch marginal, gestiegen“, erklärt F+B-Chef Bernd Leutner. Im Vergleich zu Q3/2020 bemisst der Wohn-Index die Wachstumsrate der Angebotsmieten mit 1,6 Prozent, es zeigt sich eine Trendumkehr. Bei 23 der 50 teuersten Städte in Deutschland für Neuvermietungen sanken die Preise sogar. Einen realen Mietpreisrückgang auf Jahressicht gab es aber nur in sechs der 50 teuersten deutschen Städte. „F+B hatte im Quartal der Bundestagswahl damit gerechnet, dass in Erwartung einer zukünftig schärfer werdenden bundesweiten Mietregulierung und einer soeben verabschiedeten Mietspiegelreform Mieterhöhungsspielräume bei Neuvermietungen eher ausgereizt würden. Das hat sich allerdings nicht bestätigt“, sagt Leutner.

Als Bremsfaktoren bei der Preis- und Mietrallye führt F+B mehrere Punkte an, bspw. die noch nicht überwundene Coronapandemie sowie derzeit nicht weiterwachsende Metropolen aufgrund nachlassender Fern- und Binnenwanderung. Auch das bspw. durch Chip-Mangel und gestörte Lieferketten gebremste Wirtschaftswachstum und die vor allem durch hohe Energie- und Rohstoffpreise getriebene Inflation führen derzeit eher zu zurückhaltenden Preisansetzungen.

Große Zuversicht im Immobiliensektor

Obwohl Inflation und die Coronapandemie Problemfaktoren für die Immobilienbranche sind, herrscht wieder Optimismus, auch wenn die Zukunftsaussichten weiterhin von vielen Unsicherheiten geprägt sind. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Emerging Trends in Real Estate, Euro-

Foto: LIGHTFIELD STUDIOS - stock.adobe.com

Ein Eigenheim mit Garten - viele Interessierte zieht es in die "Speckgürtel"

pe 2022 – Road to Recovery“, die von der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC zusammen mit dem Urban Land Institute (ULI) erstellt wurde. Der jährliche Branchenreport zeigt, dass das Vertrauen in die Immobilienbranche auf den höchsten Wert seit 2014 angestiegen ist. Die Branche habe sich in der Coronapandemie als widerstandsfähig bewiesen. Für das Jahr 2022 glauben 53 Prozent der befragten Entscheider, dass in ihrem Unternehmen mehr Mitarbeiter eingestellt werden. 52 Prozent glauben an ein größeres Geschäftsvertrauen, 49 Prozent rechnen mit einer höheren Profitabilität. Im Vergleich zur Vorjahresumfrage haben sich Umfrageergebnisse in den Kategorien mehr als verdoppelt.

„Die Stimmung der Immobilienmanager ist trotz der großen Herausforderung überdurchschnittlich positiv. Als wichtigster Werttreiber für die Erholung wird die konsequente Einführung und Implementierung von ESG-Strategien gesehen. Dazu wird auch ein Schub bei der Digitalisierung der Branche notwendig sein“, kommentiert Thomas Veith, Bereichsleiter Real Estate bei PwC Deutschland. „Die damit verbundenen Herausforderungen sind jedoch mindestens ebenso groß wie die Aufgabe, die Immobilienportfolios auf neue Nutzungskonzepte im New Normal anzupassen. Ich sehe darin aber auch eine große Chance: Die Branche kann eine zentrale Rolle dabei spielen, nachhaltige Modelle zu entwerfen für die Art und Weise, wie die Menschen künftig leben und arbeiten.“

Nach Einschätzung des ULI zeige die Studie, dass die Erleichterung darüber, dass die Branche wieder zu einer Art Normalität zurückgekehrt ist, mittelfristige Sorgen nur verschleiere. „Einerseits sehen wir aktuell einen hohen Nachholbedarf, von dem die Branche stark profitieren kann. Andererseits beobachten wir viele Unsicherheiten rund um Aspekte wie die Unterbrechungen der Lieferketten, steigende Energiekosten und den Mangel an qualifizierten Fachkräften“, erläutert Sabine Georgi, Geschäftsführerin des ULI im DACH-Raum. Die größten Unsicherheiten für das kommende Jahr 2022 sehen die Befragten beim Thema Cybersicherheit mit 67 Prozent. Problematisch schätzen die Befragten auch die steigende Inflation ein (59 Prozent) sowie Veränderungen bei den Zinssätzen (55 Prozent).

Schwierige Lage am Büromarkt

Wie sich der Büromarkt künftig entwickelt, ist unter den Befragten umstritten. Viele Immobilienmanager gehen davon aus, dass Bürostandorte in Toplagen auch weiterhin sehr gefragt sein werden. Allerdings glauben auch viele, dass der Nachfragerückgang auf dem Büromarkt nicht mehr aufzuhalten ist. Die Coronapandemie hat verdeutlicht, dass viele Tätigkeiten auch außerhalb der Büroräume erledigt werden können und der Wunsch nach Flexibilität zwischen Arbeiten im Homeoffice und im Büro groß ist. Auch der Großteil der Immobilienmanager glaubt, dass der Trend zum Homeoffice auch in Zukunft anhalten wird und Menschen künftig weiterhin oft außerhalb des Büros ihre Arbeiten verrichten werden (85 Prozent). Allerdings stimmen auch 82 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die Zentrale eines Unternehmens auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird, unter anderem zur Gewinnung von Nachwuchskräften und um die Unternehmenskultur zu prägen.

Branche steht vor Veränderungen

Für die Umfrageteilnehmer ist klar, dass, wenn sie in Zukunft weiterhin erfolgreich sein wollen, tiefgreifende Veränderungen für ihre Immobilienunternehmen anstehen. 68 Prozent benennen die interne Transformation als Top-Priorität für die kommenden fünf Jahre. Zudem bedarf es der Integration von innovativen Technologien und die Umsetzung einer Nachhaltigkeitsagenda. Außerdem geben die Befragten an, dass es wichtig ist, Nachwuchskräfte, auch branchenfremde, zu rekrutieren und die eigene Belegschaft fort- und weiterzubilden. Dem Willen nach Veränderung steht aber in vielen Fällen als größte Hürde die bestehende Unternehmenskultur im Weg. 84 Prozent geben dies an. „Die Branche scheint also einerseits willens, sich zu verändern. Andererseits weiß sie offenbar noch nicht genau, wie sie diesen Wandel umsetzen soll“, sagt Georgi.

Christian Esser

Foto: Thomas Söllner - stock.adobe.com

Experten sind sich uneins, wenn es um die Zukunftsaussichten auf dem Büromarkt geht

WORK-LIFE-BALANCE IMMER WICHTIGER

Berufliches und Privates sollten sich im Idealfall die Waage halten

Foto: adrian_ilie825 - stock.adobe.com

Work-Life-Balance – kurz WBL – rückt für Arbeiter und Angestellte mehr und mehr in den Vordergrund. Es findet ein Umdenken statt. Weniger Arbeit – mehr Freizeit und im Zweifelsfall sogar Abschläge bei Lohn und Gehalt.

Wer vor 20 Jahren im Vorstellungsgespräch offen gesagt hätte, dass er nicht bereit ist, seine Freizeit dem Job unterzuordnen, oder eine Beförderung mit dieser Begründung abgelehnt hätte, wäre bei seinem Chef auf Unverständnis gestoßen. Gerade ältere Mitarbeiter, bei denen sich die Waagschale noch deutlich Richtung Job senkt, können diese Einstellung nicht nachvollziehen.

In über 100 Jahren von 48 auf 35 Stunden Wochenarbeitszeit

Ein Blick in die Historie zeigt, wie sich die Arbeitszeiten im Laufe der Jahre verkürzt haben. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die 48-Stunden-Woche (zuvor 57 Stunden) eingeführt. Mitte der 1950er-Jahre wechselten erste Branchen zur 5-Tage-Woche. Vorreiter waren meist die Druck-, Metall- und Elektroindustrie. Ab 1965 wurde die Zahl der Wochenarbeitsstunden auf 40 gesenkt, dann auf 38,5 bzw. 35 Stunden (1995). Die neuen Marken wurden meist gesetzt, nachdem Gewerkschaften zu umfänglichen Streiks aufgerufen hatten.
Dabei ist längst erwiesen, dass sich lange Arbeitszeiten sowohl für das "Fußvolk" als auch für die Mitarbeiter in leitenden Positionen stark auf die Gesundheit auswirken. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chronische Müdigkeit, Stress, Depressionen und Angstzustände vermindern die Schlafqualität und erhöhen die Sterberate, den Alkoholkonsum und das Rauchen. Untersuchungen der Harvard Medical School ergeben, dass eine wöchentliche Arbeitszeit von mehr als 55 Stunden das Risiko von Herzinfarkten und Schlaganfällen erhöht.
Doch wie genau definiert sich Work-Life-Balance? Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend sieht es so: „Die Work-Life-Balance beschreibt eine neue, intelligente Verzahnung von Arbeits- und Privatleben vor dem Hintergrund einer veränderten und sich dynamisch verändernden Arbeits- und Lebenswelt."

Ausgewogenheit von Arbeit und Privatleben ist eine gute WLB

Bei einer guten Work-Life-Balance geht es also darum, einen Weg zu finden, die Belastungen von Arbeit und Leben durch persönliche Freuden, Triumphe und Momente des Glücks auszugleichen. Eine gute Ausgewogenheit zwischen einer Arbeit, die Einkommen bringt und Sinn gibt, und dem Privatleben, das insgesamt positiv und freudvoll ist, könnte als eine gute WLB angesehen werden.
Viel Arbeit und wenig Zeit für Privates waren bis vor wenigen Jahren noch die Regel. Inzwischen setzt sich allerdings bei vielen Unternehmensverantwortlichen und Personalleitern die Erkenntnis durch, eher dem Privatleben den Vorzug zu geben und dies auch bei Vorstellungsgesprächen ganz offen zu kommunizieren. Immer weniger Arbeitnehmer sind bereit, Überstunden anzuhäufen und sich für die Firma vollumfänglich einzusetzen. Es stehen sich also der eher nicht erfolgreiche Mitarbeiter, der keine größeren Ambitionen hinsichtlich seines beruflichen Werdegangs anstrebt und mit dem gerade Erreichten voll zufrieden ist, und der Ehrgeizige, der bereit ist, seinem Berufsziel alles unterzuordnen, gegenüber.

Ein zufriedenstellendes Gehalt ist nicht alles

Dass die Waagschalen von Arbeit und Privatem auf gleicher Höhe bleiben, ist nicht ganz einfach zu erreichen. Aber dieser ausgewogene Zustand bietet beiden Seiten – Unternehmen und Angestelltem – enorm viele Vorteile. Doch dafür müssen beide Seiten die richtigen und optimalen Voraussetzungen schaffen. Und das bedeutet nicht in erster Linie ein zufriedenstellendes Gehalt.

Deutschland ist nach dem Zweiten Weltkrieg unter Einsatz aller Kräfte neu erstanden. Da spielte die WLB überhaupt keine Rolle. Zum Glück kannte man damals den Begriff nicht, es wäre allen Beteiligten auch völlig egal gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es zunächst ums nackte Überleben. Es folgten die 1950er- und 1960er-Wirtschaftswunderjahre. Heute unvorstellbar: Der Staat machte mit den Steuereinnahmen sogar jährlich ein Plus. Die deutsche Einheit und ihre immensen Kosten ließen die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb weit zurückfallen. Das beginnt bei der Bildung und endet in der maroden Infrastruktur – vor allem auch der digitalen Infrastruktur.

Deutschland ist da abgehängt, auch im Vergleich zu Ländern, die wesentlich schlechtere Voraussetzungen haben.

Auch führende Mitarbeiter achten auf WLB

Es ist natürlich das gute Recht des einzelnen Mitarbeiters, über sein Leben selbst zu entscheiden. Während dies früher in einer guten Gesamt-Balance stattfand, ausgeglichen wurde durch die Leistungsbereitschaft anderer, schlägt das Pendel in vielen führenden Stellen immer mehr zur privaten WLB aus. Und unter anderem führt auch das dazu, dass Deutschland insgesamt verliert.

Es gibt sie natürlich noch, die unzähligen hochgradig motivierten Mitarbeiter mit entsprechend hohem Engagement. Ohne die ein Unternehmen auch nicht funktionieren würde. Aber der gegenläufige Trend ist nicht zu leugnen und bereitet vielen Unternehmenschefs große Sorgen. Der Trend lässt sich auch darin ablesen, dass sich viele junge Menschen für Berufe entscheiden, in denen man sich nicht schmutzig macht und den kurzfristigen, größtmöglichen wirtschaftlichen Erfolg bei minimalem Einsatz in den Fokus rückt.

Foto: Andreas Prott - stock.adobe.com

Merkeljahre haben Deutschland eingelullt

Haben wir bisher in Sachen Work-Life-Balance von den Mitarbeitern gesprochen, lohnt auch ein Blick auf die große Politik und ihre Verantwortung und Zuständigkeit. Bezeichnenderweise war das im vorletzten Wahlkampfmotto der CDU erkennbar, das da lautete: „Für ein starkes Deutschland, in dem wir gut und gerne leben." Das impliziert doch schon das Sicheinrichten im Großen und Ganzen in einem heimeligen Nest. Leider muss man im Nachhinein die 16 Jahre unter der Merkel-Regentschaft als eher einlullende Episode bezeichnen, die sehr von der Realität abgelenkt hat. Extreme Versäumnisse bei Schul- und Ausbildung, beim Ausbau der Digitalität auf allen Ebenen zum gesamtwirtschaftlichen Schaden unzähliger Firmen führen auch dazu, dass die Work-Life-Balance Deutschlands infrage gestellt ist. Deutschland lebt nur noch von der Substanz der erarbeiteten Leistung vergangener Jahre. Und die ist beinahe aufgezehrt.

Heribert Eiden

Anzeige

ALLE SERVICES RUND UMS RAD

Die Liebe zum Fahrrad nimmt einen immer höheren Stellenwert ein. Das führt dazu, dass viele Menschen nicht einfach irgendein Fahrrad kaufen, sondern in ein hochwertiges Bike investieren, das an die individuellen Bedürfnisse angepasst ist. Wer sein neues Bike deshalb gerne leasen oder finanzieren und absichern möchte, geht am besten direkt zum Experten.

Für den gefragten Bereich der „Finanz Services" – also Bike-Leasing, Finanzierung und Versicherung – gibt es bei Fahrrad XXL Feld Experten, die Interessenten alle Fragen rund ums Thema beantworten. Egal ob vor Ort, telefonisch oder per E-Mail – eine schnelle, kundenorientierte Bearbeitung ist für einen der größten Fahrradhändler NRWs selbstverständlich. Dabei beraten die Fahrrad XXL-Fachberater nicht nur vollumfänglich und verständlich, sondern betreuen den Kunden von der Antragsstellung bis hin zur Abholung des Bikes.

Durch die Zusammenarbeit mit ausgesuchten Partnern aus dem Finanzierungs-, Leasing- und Versicherungsbereich wird gleichzeitig eine hohe Qualität und ausführliche Rundumversorgung gewährleistet – vor und während der gesamten Laufzeit des Leasing-, Finanzierungs- und Versicherungszeitraums.

Besonders interessant für Arbeitgeber: Das Bike-Leasing-Modell, mit welchem den eigenen Arbeitnehmern attraktive Fahrräder zu vergünstigten Konditionen geboten werden können. Auch zum Thema Bike-Leasing mit Gehaltsumwandlung informieren die Fahrrad XXL-Mitarbeiter direkt bei den interessierten Unternehmen vor Ort – und machen das Leasing-Modell an einem „Demoday" im Unternehmen bekannt. Übrigens: Auch Selbstständige profitieren vom Bike-Leasing-Angebot. Wir wünschen gute Fahrt!

Erster Ansprechpartner bei allen Fragen:
Teamleiter Finanz Services: Viktor Lous
E-Mail: v.lous@fahrrad-xxl.de
Telefon: 02241 9773-26

fahrrad-xxl.de

Fahrrad XXL Feld GmbH
Einsteinstraße 35
53757 Sankt Augustin

Mo.-Fr.: 10:00 – 20:00 Uhr · Sa.: 10:00 – 19:00 Uhr
Tel.: 02241 9773-0 · E-Mail: info.sa@fahrrad-xxl.de

Fahrrad XXL FELD 1954

NRW FÖRDERT DIGITALISIERUNG

Digitalisierungszuschuss für Händler und Gastronomen

Foto: ronstik - stock.adobe.com

Kartenzahlungsterminals werden vom Land NRW gefördert

Die Landesregierung NRW fördert die digitale Transformation kleiner Unternehmen, die besonders hart von der Coronapandemie getroffen wurden. Händler, Gastronomen und Hoteliers können seit Anfang November Gelder aus den Förderprogrammen „NRW-Digitalzuschuss Handel“ und „NRW-Digitalzuschuss für die gastgewerbliche und touristische Wirtschaft“ beantragen.

Digitale Kundenservice-Tools, eine optimierte Internetpräsenz oder bargeldlose Bezahlmöglichkeiten gehören in vielen Branchen längst zum Standard. Doch viele Betriebe, die stark von der Pandemie betroffen waren und sind, mussten Investitionen in die Digitalisierung ihrer Betriebe verschieben. Nun möchte das Land Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern helfen. Sie können für Digitalisierungsvorhaben eine Förderung von bis zu 2.000 Euro erhalten.

Zukunft liegt in Digitalisierung

„Die Coronapandemie hat den Trend zur Digitalisierung extrem beschleunigt. Handel, Gastronomie, Hotellerie und Tourismus sollten die Chancen nutzen, die ihnen digitale Lösungen eröffnen. Denn in der Digitalisierung liegt die Zukunft! Wir haben mit dem ersten Corona-Sonderprogramm ‚Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken‘ im vergangenen Jahr bereits rund 1900 Händlerinnen und Händler mit knapp 21 Millionen Euro unterstützen können. Mit dem NRW-Digitalzuschuss Handel knüpfen wir an diesen Erfolg an und bieten mit dem ‚NRW-Digitalzuschuss für die gastgewerbliche und touristische Wirtschaft‘ ab sofort weiteren Betrieben eine wichtige Unterstützung bei der Digitalisierung“, sagt NRWs Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart.

Über die Website www.digihandel.nrw können Einzelhändler die Digitalzuschüsse beantragen. Für Unternehmen aus den Bereichen Gastronomie, Tourismus und Hotellerie können die Zuschüsse unter www.tour-hotel-gastro.nrw beantragt werden. Zahlreiche Digitalisierungsvorhaben werden gefördert. Im Einzelhandel werden bspw. digitale Tools und Software-Lizenzen zur Erhöhung der Sichtbarkeit im Netz, digitale Kundenberatung (Hardware wie Kameras zur Erstellung digitaler Inhalte oder Produktpräsentation für Online-Shops), digitale Kaufabwicklungsmöglichkeiten wie click&collect, digitale Warenwirtschaftssysteme sowie Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich Digitalisierung gefördert. Förderungen aus dem NRW-Digitalzuschuss fürs Gastgewerbe und die touristische Wirtschaft gibt es bspw. für Website, Kundenservice-Tools (bspw. Tischreservierung oder Bezahlung), Online-Shop, Social-Media-Strategie, digitale Displays und Touchpads für Bestellungen im Restaurant, interaktive Kundenberatungsmöglichkeiten (bspw. VR-Brillen für virtuelle Hotelrundgänge für Reiseanbieter), Suchmaschinenoptimierung oder Programmierleistungen für interaktive Kundenkommunikation wie Apps, digitale Gutschein-Punkte- oder Bon-Systeme. Die Mittel für die Digitalzuschüsse werden so lange gewährt, bis das Fördervolumen ausgeschöpft ist.

Christian Esser

Bringen Sie Ihr Unternehmen voran: Mit der richtigen Finanzierung.

Die richtigen Investitionen zum richtigen Zeitpunkt in digitale Prozesse, nachhaltige Technologien oder neue Geschäftsfelder sichern Ihnen Wettbewerbsvorteile für die Zukunft. Jetzt Beratungstermin vereinbaren.
sparkasse-koelnbonn.de/finanzierung

Weil's um mehr als Geld geht.

Sparkasse
KölnBonn

DIGITALISIERUNG VS. ARBEITSPLATZ

Jeder Achte fürchtet um Jobverlust wegen Digitalisierung

Foto: zapp2photo - stock.adobe.com

Modernes Einkaufserlebnis: dieser Roboter weist Kunden den richtigen Weg

Eigentlich soll die Digitalisierung für die Entlastung von Beschäftigten sorgen und den Arbeitsalltag erleichtern, doch ist dies nicht immer der Fall. Zu diesem Ergebnis kommt eine Jobumfrage von EY. Jeder achte Arbeitnehmer fürchtet wegen der voranschreitenden Digitalisierung sogar, seinen Arbeitsplatz zu verlieren.

Die Digitalisierung am Arbeitsplatz sorgt nicht nur für positive Effekte. Laut Jobstudie von EY klagt ein Viertel der Arbeitnehmer in Deutschland, dass die Arbeitsbelastung für sie durch die Digitalisierung gestiegen sei. Nur für sieben Prozent sei die Arbeitsbelastung gesunken. 68 Prozent der Befragten sehen sich durch Digitalisierung sowohl ent- als auch belastet. Durch die Coronapandemie habe sich diese Entwicklung noch einmal beschleunigt. Bei 27 Prozent habe sich der Einfluss der Digitalisierung durch die Pandemie deutlich verstärkt. 33 Prozent der Befragten verspürten zumindest einen leichten Effekt.

Digitalisierung ersetzt Arbeit

Automatisierte Prozesse durch die Digitalisierung ersetzen zunehmend Teile der Arbeit. 36 Prozent der Arbeitnehmer sehen diese Entwicklung. Mit 46 Prozent sagen besonders viele Arbeitnehmer aus der Bank-, Immobilien- und Versicherungsbranche, dass Aufgaben von Beschäftigten durch Technologie übernommen wurden. Dies betrifft auch die Branchen IT (42 Prozent), die Automobilbranche (40 Prozent) und die Bau- und Energiewirtschaft (36 Prozent) überdurchschnittlich stark.

Diese Entwicklungen führen bei den Beschäftigten auch zu Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Insgesamt gab jeder achte Befragte diese Zukunftssorgen an. Besonders groß ist die Zukunftsangst für Beschäftigte in der Banken-, Immobilien- und Versicherungsbranche. Jeder fünfte Beschäftigte sorgt sich um den eigenen Arbeitsplatz. Auch in der Automobilindustrie ist diese Angst bereits weit verbreitet (19 Prozent).

Markus Heinen, Leiter des Geschäftsfeldes Personalberatungsdienstleistungen bei EY in Deutschland: „Die Ergebnisse zeigen, dass sich zahlreiche Beschäftigte mit der Vielzahl digitaler Technologien überfordert fühlen und sogar um den eigenen Job bangen. Es ist daher für die Unternehmen sehr wichtig, alle Mitarbeitenden von Anfang an bei der Einführung neuer Lösungen mitzunehmen und deren Vorteile deutlich zu machen. Regelmäßige Fortbildungen helfen dabei, die Akzeptanz zu steigern und die Technologien mit der größtmöglichen Effizienz in der Organisation zu etablieren."

„Die Digitalisierung erfordert sowohl von den Unternehmen als auch von den Beschäftigten eine Kraftanstrengung", sagt Jan-Rainer Hinz, Mitglied der Geschäftsführung, Personalleiter und Arbeitsdirektor von EY in Deutschland. „Homeoffice und mobiles Arbeiten klingen aus Sicht vieler Beschäftigter zunächst einmal toll. Allerdings sollten beim Arbeiten von zu Hause die Spielregeln etwa zur Erreichbarkeit oder zu Ruhepausen vorher festgelegt werden – gerade auch zum Schutz der Mitarbeitenden."

Zukunftsangst in manchen Betrieben

Das Vertrauen in die Attraktivität von Produkten und Dienstleistungen der Unternehmen in den kommenden zehn Jahren ist groß. 84 Prozent glauben dran, nur 16 Prozent gehen von einer Verschlechterung aus. Vergleichsweise geringe Erfolgsaussichten sehen Arbeitnehmer in der Automobilindustrie (26 Prozent), bei IT-Dienstleistern (25 Prozent) sowie Banken und Versicherungen (23 Prozent). „Die Digitalisierung verändert Geschäftsmodelle und Produkte und führt zu Konkurrenz von neuer Seite – etwa von Startups oder Unternehmen aus anderen Branchen", stellt Markus Heinen fest. „Das verstärkt den Veränderungsdruck auf die Unternehmen. Das unterm Strich große Vertrauen der Beschäftigten ist daher wichtig – denn ohne die Rückendeckung der Mitarbeitenden ist eine Transformation nicht durchzuführen."

„In manchen Betrieben gibt es eine gewisse Zukunftsangst, weil die Produkte oder Dienstleistungen, die in der Vergangenheit zum Erfolg geführt haben, in Zukunft vielleicht keine Rolle mehr spielen", sagt Jan-Rainer Hinz. „Hier ist das Topmanagement gefordert, voranzugehen, zu erklären und einen Weg aufzuzeigen. Wenn von oben ein klares Ziel und eine überzeugende Strategie vorgegeben und immer wieder erklärt werden, steigt auch die Akzeptanz in der Belegschaft."

Christian Esser

Internet kann jeder, wir können auch Mensch

Morgen kann kommen.

Wir machen den Weg frei.

Wir nutzen unser innovativstes Tool schon seit über 170 Jahren: echte Nähe. Denn nichts geht über persönlichen Kontakt vor Ort. Okay, wir bieten natürlich auch Online- und Mobile Banking, Apps sowie mobiles Bezahlen mit unseren Digitalen Karten. Wir sind ja nicht von gestern.

Volksbanken und Raiffeisenbanken im Rhein-Erft-Kreis

MEHR TEMPO GEFORDERT

Bürger beklagen Rückstände bei Digitalisierung von Städten

Foto: vegefox.com - stock.adobe.com

Den Deutschen geht die Digitalisierung ihrer Städte zu langsam

Es geht den Deutschen nicht schnell genug mit der Digitalisierung ihrer Wohnorte. Mehr als die Hälfte findet das Tempo zu langsam. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Digitalverbands Bitkom. Nur ein Drittel glaubt, dass das Tempo bei der Digitalisierung genau richtig ist. Nur 14 Prozent glauben, dass es zu schnell geht.

„In der Bevölkerung gibt es einen breiten Rückhalt für den digitalen Aufbruch, den sich die angehenden Ampel-Koalitionäre vorgenommen haben. Deutschland hat es sich in den vergangenen Jahren zu bequem gemacht und beinahe tatenlos zugesehen, wie andere Länder digital davonziehen“, bemängelt Bitkom-Präsident Achim Berg.

Einer möglichen Ampel-Koalition traut die Bevölkerung die größten Sprünge beim digitalen Aufbruch zu. 52 Prozent der Wähler glauben laut Bitkom, dass es mit einer Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP mehr Tempo beim digitalen Fortschritt geben wird. Ein Jamaika-Bündnis aus den Unionsparteien, Grünen und FDP bekommt in der Umfrage nur eine Zustimmung von 14 Prozent. Nur fünf Prozent glauben, dass eine Fortführung der Großen Koalition aus SPD und CDU/CSU die Digitalisierung im Land bestmöglich voranbringen würde. „Das sich abzeichnende neue Ampel-Regierungsbündnis trifft einen Nerv in der Bevölkerung, indem es wichtige Zukunftsprojekte wie die Beschleunigung der Digitalisierung und den Bürokratieabbau in der Verwaltung in den Gesprächen nach vorne stellt. Die Politik darf jetzt nicht auf halber Strecke stehen bleiben und muss mit einem neuen Digitalministerium auch die strukturellen Voraussetzungen für den digitalen Aufbruch schaffen“, sagt Berg. Der Digitalverband Bitkom setzt sich für ein eigenständiges und starkes Digitalministerium ein. Dies soll mit allen Rechten und Ressourcen ausgestattet werden, um die Digitalpolitik auf Bundesebene voranzutreiben. „Ein Digitalministerium ist genau die richtige Instanz, um den angekündigten Digitalisierungscheck für Gesetze auszuführen“, sagt Berg. Die Forderung von Bitkom nach einem eigenständigen Digitalministerium findet auch in der Bevölkerung großen Rückhalt. Sieben von zehn Befragten unterstützen die Forderung nach einem neuen, eigenständigen Digitalministerium.

In den Kommunen muss es gerade bei der Verwaltung schneller und digitaler zugehen. Der Wunsch in der Bevölkerung danach ist groß. 86 Prozent fordern von ihrer Stadtverwaltung, die Digitalisierung nachdrücklicher zu verfolgen. 62 Prozent stufen ihren Wohnort sogar als digital rückständig ein. Der Wunsch nach mehr Kompetenzen für den Bund, um Standards schaffen zu können, ist weit verbreitet. 81 Prozent möchten, dass der Bund mehr Kompetenzen für die landesweite Digitalisierung erhält. „Die Bevölkerung drängt auf mehr digitale Angebote in Städten und Gemeinden. Diesem Bedürfnis müssen die Rathäuser umfassender gerecht werden“, sagt Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder. „Der Bund muss mehr Verantwortung bei der Digitalisierung übernehmen und handlungsfähiger werden, er muss Standards setzen und unterstützen dürfen. Kommunen brauchen Geld, Know-how und einen engen Austausch mit Bürgerschaft und Wirtschaft.“

Im Rahmen der Smart Country Convention, einem digitalen Kongress rund um die Themen E-Government und Smart City, erklärte Jens Heithecker, Executive Vice President der Messe Berlin: „Die Digitalisierung des öffentlichen Raumes ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit – das hat die Coronapandemie eindrucksvoll bewiesen. Doch schon lange, bevor die Pandemie die herrschenden Defizite und nicht genutzte Potenziale in Sachen Digitalisierung aufdeckte, brannte uns das Thema auf den Nägeln. Die Smart Country Convention ist 2018 mit dem Ziel gestartet, die Digitalisierung im öffentlichen Sektor zu beschleunigen, und hat sich vom Start weg zum Treffpunkt für den Public Sector etabliert. Das Besondere an der Smart Country Convention ist ihr branchenübergreifender Charakter: Ob E-Government oder Smart City und Smart Region – wir haben den Anspruch, das Thema entlang der gesamten Wertschöpfungskette darzustellen und sämtliche Akteure zusammenzubringen. Wir reden nicht nur von Digitalisierung, wir zeigen vor allem anhand von konkreten Beispielen, wie es geht.“

Wunsch nach digitaler Verwaltung

Ein Blick ins Vorzeigeland Estland zeigt, wie digital eine Verwaltung sein kann. Fast alle Behördengänge können digital vorgenommen werden, ob Führerschein-, Ausweisangelegenheiten – es gibt kaum noch einen Grund, in dem EU-Land persönlich in einem Verwaltungsamt zu erscheinen. Eines der wenigen Anliegen, wo eine persönliche Anwesenheit vonnöten ist, ist die Eheschließung. In Deutschland wünschen sich 80 Prozent, dass sie ihre Verwaltungs-

Foto: Song_about_summer - stock.adobe.com

Deutsche wollen häufiger digital "Behördengänge" erledigen

angelegenheiten über das Internet erledigen können. 88 Prozent finden sogar, dass die Beantragung, Verlängerung und Zusendung von Dokumenten automatisch ablaufen sollte. 76 Prozent wollen den elektronischen Personalausweis beim Online-Amt einsetzen, fast genauso viele (75 Prozent) sprechen sich für ein einheitliches Servicekonto aus, worüber man Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen haben kann. 58 Prozent würden sogar ihre Stammdaten einmalig bei einer Behörde hinterlegen und gestatten, dass diese zwischen den Behörden ausgetauscht und wiederverwendet werden dürfen. „Eine digitale, innovative Verwaltung ist ein internationaler Standortfaktor. Es ist schwer vorstellbar, dass die innovativsten und zukunftsträchtigsten Geschäftsmodelle der nächsten Jahre in Staaten entstehen, die bei der Verwaltungsdigitalisierung den Anschluss verloren haben“, sagt Rohleder.

Einen Fortschritt hinsichtlich der digitalen Verwaltung soll das Onlinezugangsgesetz bieten, wonach bis Ende 2022 alle 575 Verwaltungsleistungen in Deutschland digital verfügbar sein sollen. Bisher ist nur ein kleiner Teil der Einzelleistungen bundesweit verfügbar. Dass bis Ende 2022 alle Leistungen verfügbar sind, glaubt nur ein Drittel der Befragten. 64 Prozent gehen davon aus, dass es nicht rechtzeitig klappt. „Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ist einer der wichtigsten Schritte hin zum digitalen Staat“, sagt Rohleder. „Auch wenn das Umsetzungsdatum Ende 2022 wackelt: Wir müssen jetzt schon weiterdenken. Neben dem OZG braucht es ein Verwaltungszukunftsgesetz. Das Potenzial einer digitalen Verwaltung wird sich erst dann voll entfalten, wenn auch die verwaltungsinternen Verfahren und Prozesse durchgängig digitalisiert werden.“

Christian Esser

Foto: galaganov - stock.adobe.com

Ein Behördengang, der nicht digitalisiert werden sollte: die Hochzeit

UMSATZ MIT APPS BOOMT

Deutscher App-Markt mit neuem Rekordhoch

Foto: ra2studio - stock.adobe.com

Immer häufiger geben Smartphone-User Geld für Apps aus

Lernprogramme, Büroanwendungen und Games – der deutsche App-Markt legt weiterhin zu. Im aktuellen Jahr 2021 werden die Deutschen so viel Geld für Handy-Apps ausgeben wie nie zuvor. Zu diesem Ergebnis kommt der Digitalverband Bitkom, basierend auf Zahlen des Marktforschungsinstituts research4guidance.

Es wird geglotzt, gesurft, gedaddelt, gechattet und gelernt, und das stundenlang, jeden Tag. Die Mediennutzung in Deutschland erhöht sich immer weiter. Die Coronapandemie hat dabei noch einmal für einen ordentlichen Schub gesorgt. Laut einer Forsa-Umfrage, beauftragt von One Seven Media, „erreicht die Mediennutzung nach dem Rekord im vergangenen Jahr einen neuen Höchstwert: 13 Stunden am Tag“. Auch deshalb hat sich der Markt mit Apps in Deutschland rasant entwickelt. Binnen zwei Jahren habe sich der Umsatz nahezu verdoppelt. Während 2019 der Umsatz mit Apps noch bei etwa 1,6 Milliarden Euro lag, stieg er im Jahr 2020 bereits auf 2,3 Milliarden Euro. „Das Angebot an Apps wird immer größer – sie ersetzen die Digitalkamera, das Bücherregal, die Spielekonsole“, sagt Dr. Sebastian Klöß, Bereichsleiter für Consumer Technology beim Digitalverband Bitkom. „Gerade in der Coronakrise haben die Menschen mehr Zeit mit ihrem Smartphone verbracht. Sie haben neue Apps ausprobiert und dabei auch mehr Geld ausgegeben – etwa, um mit kostenpflichtigen Online-Kursen fit zu bleiben, sich mit Spielen die Zeit zu vertreiben oder um neue Sprachen zu lernen.“

Lern-Apps gefragt

Besonders viel Umsatz wird mit sogenannten In-App-Käufen erwirtschaftet. Während der Download der App zumeist kostenlos ist, geben User oftmals für zusätzliche Funktionen vermehrt Geld aus, bspw. für bessere Chancen beim Gaming oder auch, um Notizen über mehrere Geräte miteinander synchronisieren zu können. Die Kosten für Abos, bspw. für Audio- oder Videostreaming, sind in aufgeführten Umsätzen nicht inkludiert worden. „In-App-Käufe haben sich zum absoluten Umsatztreiber entwickelt. Unternehmen können Dienste oder Funktionen so zielgerichtet anbieten. Für Verbraucher kann sich das lohnen: Ausgewählte Inhalte gegen eine geringe Gebühr freizuschalten, kann deutlich günstiger sein als der Kauf eines teureren Komplettpakets“, so Klöß. 74 Prozent der Umsätze mit Apps werden über solche In-App-Käufe generiert. Allerdings stoßen gerade bei Online-Games In-App-Käufe vermehrt auf Kritik. Mit 16 Prozent entfällt ein deutlich geringerer Anteil am Umsatz auf Werbeanzeigen innerhalb von Apps. Diese werden häufig bei kostenfreien Apps eingespielt. Nur zehn Prozent der Umsätze entfallen auf grundsätzlich kostenpflichtige Apps, wo bereits vor dem Download eine Gebühr fällig wird. Hier sieht der Digitalverband Bitkom eine große Veränderung innerhalb der vergangenen zehn Jahre. 2011 wurde noch über die Hälfte des Umsatzes (242 Millionen Euro) über grundsätzlich kostenpflichtige Apps erwirtschaftet. Bis 2019 sank der Anteil am Umsatz auf drei Prozent. Erst mit der Coronapandemie und der Zunahme der Nutzung von Medieninhalten ist dieser Anteil wieder angestiegen. „Besonders Lern-Apps haben den Umsatzanteil bezahlter Anwendungen wieder steigen lassen“, erklärt Klöß. „Solche Apps bieten mit Videos, Aufgaben, Texten und Grafiken oft mehr Inhalte als klassische Schulbücher und kosten deshalb in der Regel einen einmaligen Preis.“

In diesem Jahr werden die deutschen Handynutzer voraussichtlich etwa 3,3 Milliarden Apps auf ihre Geräte herunterladen. Dies entspricht einem Plus von 17 Prozent im Vergleich zu 2020. Der Großteil der Apps wird über den „Google Playstore“ bezogen (2,5 Milliarden App-Downloads). Über den Apple-Store wird es etwa 786 Millionen Downloads geben. Noch im Jahr 2013 lagen bei Anzahl der Downloads beide Stores gleichauf, in den Folgejahren konnte sich das Angebot von Google zunehmend durchsetzen. Der Bitkom führt dies unter anderem auf die teils deutlich günstigeren Geräte zurück.

Fotos: NicoElNino - stock.adobe.com

Christian Esser

KOELNMESSE – ES LÄUFT WIEDER

Nach „Ruhemodus“ startet die Koelnmesse mit hybriden Formaten durch

Foto: © KoelnmesseGmbH

Nach langer Pause darf die Koelnmesse wieder Besucher empfangen

„Die Feuerprobe zur Anuga haben wir mit Bravour bestanden“, freut sich Kölns Messechef Gerald Böse. „Die Weltleitmesse für die Lebensmittel- und Getränkeindustrie fühlte sich fast wieder nach ganz normaler Messe an: erfolgreiches Business, Trubel in Deutz und das lang vermisste internationale Sprachengewirr – ergänzt durch neue, digitale Erlebnisse.“ An der Anuga, die erstmals als Hybrid-Format durchgeführt wurde, nahmen über 70.000 Fachbesucher aus 169 Ländern und über 4.600 Aussteller teil.

Seit Anfang September fanden am Kölner Messeplatz mehrere Messeveranstaltungen als hybride Leitmessen statt, sowohl mit Ständen direkt vor Ort als auch weltweit über das Internet. „Die Pandemie war für die Koelnmesse eine Bewährungsprobe mit rein digitalen Veranstaltungen, die wie die gamescom und die DMEXCO Maßstäbe gesetzt haben. Dennoch hat sich gezeigt: Die Zukunft werden hybride Veranstaltungen sein, die die digitale Reichweite mit der physischen Begegnung verbinden“, sagt Böse. Daraus formuliert sich das Ziel der Koelnmesse: „Die physische Messeteilnahme mit neuen digitalen Services und Formaten für Kunden noch wertvoller machen.“

„Ruhemodus“ brachte Koelnmesse an Grenzen

Die Coronapandemie und die daraus resultierende Krise haben die Koelnmesse an ihre wirtschaftlichen Grenzen getrieben. Trotzdem sind fast alle Mitarbeitenden weiterhin bei der Koelnmesse geblieben. Neben der Koelnmesse fieberten auch viele weitere Unternehmen in der Domstadt, die von Messeveranstaltungen profitieren, dem Re-Start der Koelnmesse im September 2021 entgegen. „Die Koelnmesse war zwangsweise im Ruhemodus“, erklärt Oberbürgermeisterin der Stadt Köln und Aufsichtsratsvorsitzende der Koelnmesse Henriette Reker. „Aber nur augenscheinlich, denn im Hintergrund ist mit der fortschreitenden Digitalisierung sowie auf dem Messegelände sehr viel passiert. Diese Arbeit hat sich nun nach circa 18 Monaten bewährt: Die Koelnmesse ist wieder da, Köln ist wieder auf Messekurs. Das Messe- und Kongressgeschäft bietet Plattformen für Präsentationen und Austausch, zieht zahlreiche Menschen aus der ganzen Welt in unsere Region, sichert Arbeitsplätze bei allen beteiligten Branchen und hat eine entsprechend hohe Relevanz für unsere Stadt und die gesamte Region.“

Anuga mit Leitthema „Transform“

Die Anuga, eine der wichtigsten Messeveranstaltungen am Kölner Messeplatz, stand bei diesem Mal unter dem Leitthema „Transform“. Solch einer Transformation sieht sich auch die Koelnmesse gegenüber, wie Oliver Frese, Geschäftsführer der Koelnmesse, beschreibt: „Die Pandemie hat die Notwendigkeit eines globalen Wandels sichtbarer gemacht und die veränderten Kundenbedürfnisse in den Mittelpunkt gestellt. Schon vor Covid haben wir uns mit Schlagworten wie Eventisierung oder Erlebnis beschäftigt. Und schon vorher haben wir uns das Ziel gesetzt, zielgruppengerechte Antworten auf diese Veränderungen zu geben. Die Pandemie war letztendlich ein Beschleuniger für unsere Neuaufstellung und unsere Prozesse. Ein wesentlicher Baustein ist die Hybridisierung unserer Veranstaltungen, aber auch der Ausbau unseres Portfolios.“ Im Rahmen des größten Investitionsprogramms in der Geschichte der Koelnmesse werden bis 2030 rund 700 Millionen Euro in das Gelände investiert.

In diesem Jahr und im folgenden Jahr sind in der Koelnmesse viele hochkarätige Messeveranstaltungen geplant, darunter auch einige Premierenveranstaltungen. Obwohl die Weltwirtschaft durch die Pandemiefolgen sowie durch stark gestiegene Energiekosten, Rohstoffmangel und gestörte Lieferketten noch einige Zeit gebremst sein wird, ist für die Koelnmesse klar, dass Messen auch weiterhin ein hochwirksamer Katalysator für die Wirtschaft und zudem ein Impulsgeber mit großer öffentlicher Strahlkraft für die beteiligten Branchen sind. „Unser Ziel ist es, die aktuellen und zukünftigen Bedürfnisse unserer Kunden zu erfüllen, daran arbeiten wir jeden Tag. Die Transformation unseres Geschäftsmodells sehen wir als Chance, Messen und Events neu zu denken“, so Böse.

Christian Esser

ZUKUNFTSNETZ MOBILITÄT

Klimaschutz hat viele Gesichter.
Eines davon ist nachhaltige Mobilität – ein Thema, das von vielen Seiten in Angriff genommen werden kann.

Foto: Nahverkehr Rheinland/Smilla Dankert

Knotenpunkte sind wichtige Standorte, wenn es um nachhaltige Transportmittel geht

397.000 Ergebnisse in 0,48 Sekunden erscheinen bei Google, wenn man nach dem Wort „Mobilitätswende" sucht. So aktuell das Thema ist, so schleppend sind oft die Maßnahmen auf bundespolitischer Ebene. Das Zukunftsnetz Mobilität NRW rollt das Thema von unten nach oben auf.

Für das 2015 gegründete kommunale Unterstützungsnetzwerk steht Mobilität als Grundbedürfnis der Menschen im Zentrum seiner Arbeit. Die Vision: Alle Menschen in NRW sollten klimaneutral und nachhaltig mobil sein können.
Den Startschuss dafür bildeten vor fünf Jahren 57 Kommunen, die mithilfe des Zukunftsnetzes Mobilität NRW erste Schritte in Richtung Mobilitätswende gehen wollten. Inzwischen hat sich die Mitgliederzahl mehr als vervierfacht. Das Netzwerk verfügt über regionale Koordinierungsstellen in Köln, Münster und Paderborn sowie in Gelsenkirchen und wird vom Verkehrsministerium des Landes NRW gefördert und von den partnerschaftlichen Zweckverbänden und Verkehrsverbünden getragen.

Zwei Schwerpunkte stehen im Zentrum der Arbeit des Zukunftsnetzes Mobilität NRW:

- die Etablierung eines kommunalen Mobilitätsmanagements in der Verwaltung und
- die Entwicklung von passgenauen Maßnahmen des Mobilitätsmanagements für die Kommunen.

Die Themenvielfalt ist denkbar breit aufgestellt. Von Betrieblichem Mobilitätsmanagement über Carsharing, Elterntaxi und Radverkehr bis hin zu Schnellbuslinien und Verkehrsplanung ist alles dabei. Um die Unterstützung bei diesen und weiteren Themen zu bekommen, wenden sich die Hauptverantwortlichen der Stadtverwaltung eigeninitiativ an ihre jeweilige Koordinierungsstelle.
Die Stadt Köln ist seit 2017 Mitglied und hat seitdem schon einige der Beratungsangebote in Anspruch genommen. So sind beispielsweise die Mobilstationen entstanden. An diesen zentralen, oft in der Nähe von Haltestellen angesiedelten Orten werden verschiedene Mobilitätsangebote gebündelt. Aktuell gibt es 18 Mobilstationen auf neun Stadtbezirke verteilt, fünf davon allein in der Innenstadt.
Als viertgrößte Stadt Deutschlands und größte Stadt in NRW nimmt Köln eine nicht zu unterschätzende Rolle beim Thema Mobilitätswende ein: „Unsere Vision ist es, dass alle Menschen in NRW klimaneutral und nachhaltig mobil sind. Dazu gehört eine verlässliche Anbindung des ländlichen Raums an den Ballungsraum. Die Millionenstadt ist das Oberzentrum in der Region", sagt Theo Jansen, Leiter der Koordinierungsstelle Rheinland beim Zukunftsnetz Mobilität NRW. „Auch mit Fokus auf die regionalen Pendlerbewegungen ist Köln damit ein unverzichtbarer Partner. Zudem ist die einheitliche und übergreifende Angebotsentwicklung von Alternativen zum eigenen Auto für die Menschen der Region wichtig." Jansen ist fest davon überzeugt, dass an der Mobilitätswende kein Weg vorbeiführt und sie wichtige Chancen für all jene birgt, die sich aktiv daran beteiligen. Für Köln sieht er daher ganz klar einen Zugewinn an Lebensqualität und mehr Freiräume für dessen Bürger: „Die Luftqualität verbessert sich, der Lärm wird weniger und die Menschen erhalten im öffentlichen Raum wieder mehr Platz für Aufenthalt und Kommunikation. Auch dies ist ein wichtiger Faktor als Lebens- und Wirtschaftsstandort", konkludiert er daher.
Es ist unumstritten, dass Deutschland bei der Mobilitätswende im Vergleich zu europäischen Nachbarländern Nachholbedarf hat, wie beispielsweise beim Thema Digitalisierung. Umso wichtiger ist es daher, dass Nordrhein-Westfalen als eines der größten und am dichtesten besiedelten Bundesländer proaktiv handelt. Jedes noch so kleine Projekt auf kommunaler Ebene stellt daher einen ersten Schritt in Richtung Mobilitätswende dar.

Jana Leckel

ⓘ Mehr Infos unter:
https://www.zukunftsnetz-mobilitaet.nrw.de/
Übrigens: Die Mitgliedschaft ist für Städte, Kreise und Gemeinden kostenlos.

ELEKTRISIEREN SIE IHRE FLOTTE

Egal ob mit einem Plug-in-Hybrid oder einem 100% elektrischen Ford. Sie steigen um – in die Zukunft. Dank geringen Verbrauchs und niedriger CO_2-Emissionen verringern Sie den ökologischen Fußabdruck Ihres Unternehmens und minimieren zudem Ihre Ausgaben, denn:

Staatliche Zuschüsse beim Ford Kuga PHEV wie ein zu 0,5 % versteuerbarer geldwerter Vorteil bei privater Nutzung der Firmenfahrzeuge und bis zu € 4.500,-[1] Umweltbonus – bzw. beim Ford Mach-E ein zu 0,25 %[2] versteuerbarer geldwerter Vorteil bei privater Nutzung der Firmenfahrzeuge und bis zu € 6.000,-[1] Umweltbonus – machen es Ihnen leicht, jetzt umzusteigen.

[1] Staatlicher Umweltbonus, den Sie nach Anschaffung eines Ford Kuga PHEV oder Ford Mustang Mach-E Neufahrzeuges beantragen konnen; mehr informationen auf bafa.de
[2] Bei einem Bruttolistenpreis bis € 60.000.-, darüber git eine 0,5 % Besteuerung.

Abbildungen zeigen Designstudien.

Verbrauchswerte nach WLTP*: Kuga PHEV: Kraftstoffverbrauch: 1,3 l/100 km; Stromverbrauch: 15,6 kWh/100 km; CO_2-Emissionen: 29 g/km; elektrische Reichweite (bei voller Batterie): bis zu 64 km**; Mustang Mach-E: Stromverbrauch: 17,2 kWh/100 km; CO_2-Emissionen: 0 g/km; elektrische Reichweite (bei voller Batterie): bis zu 440 km**

Ihr individuelles Angebot erhalten Sie bei den aufgeführten Ford Partnern.

AUTO STRUNK	LA LINEA	KIERDORF	GEBERZAHN	R&S
Auto-Strunk GmbH	**La Linea Franca KFZ-Handelsges. mbH**	**Autohaus KIERDORF Niederlassung der I.C. Autohandel Rheinland GmbH**	**Autohaus Rudolf Geberzahn GmbH & Co KG**	**R&S Mobile GmbH & Co. KG**
Neusser Str. 460–474 50733 Köln Tel.: 0221/74 94 0 **www.auto-strunk.de**	Humboldtstr. 134 51149 Köln (Porz) Tel.: 02203/30 47 0 **www.lalinea.de**	Oskar-Jäger-Str. 166–168 50825 Köln Tel.: 0221/40 08 50 **www.autohaus-kierdorf.de**	Rösrather Str. 511 51107 Köln Tel.: 0221/89 90 70 **www.ford-geberzahn.de**	Robert-Bosch-Str. 4 50769 Köln Tel.: 0221/70 91 70 **www.rsmobile.de**

www.fordhändler-köln.de

*Seit dem 1. September 2017 werden bestimmte Neuwagen nach dem weltweit harmonisierten Prüfverfahren für Personenwagen und leichte Nutzfahrzeuge (Worldwide Harmonised Light Vehicles Test Procedure, WLTP), einem neuen, realistischeren Prüfverfahren zur Messung des Kraftstoffverbrauchs und der CO2-Emissionen, typgenehmigt. Seit dem 1. September 2018 hat das WLTP den neuen europäischen Fahrzyklus (NEFZ), das bisherige Prüfverfahren, ersetzt. Wegen der realistischeren Prüfbedingungen sind die nach dem WLTP gemessenen Kraftstoffverbrauchs- und CO2-Emissionswerte in vielen Fällen höher als die nach dem NEFZ gemessenen. Die angegebenen Werte dieses Fahrzeugtyps wurden anhand des neuen WLTP-Testzyklus ermittelt. **Maximale Reichweite gemäß Worldwide Harmonised Light Vehicles Test Procedure (WLTP) bei voll aufgeladener Batterie. Die tatsächliche Reichweite kann aufgrund unterschiedlicher Faktoren (Wetterbedingungen, Fahrverhalten, Fahrzeugzustand, Alter der Lithium-Ionen-Batterie) variieren.

EINKOMMEN GESTIEGEN

NRW-Bürger haben jährlich mehr Geld zur Verfügung

Foto: Wissmann Design - stock.adobe.com

Die NRW-Bürger konnten in der jüngeren Vergangenheit von höheren Einkommen profitieren

Die verfügbaren Einkommen in Nordrhein-Westfalen sind im Jahr 2019 im Vergleich zu 2018 angestiegen. Im Durchschnitt verfügte jeder Einwohner in NRW über ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 23.093 Euro, wie das Statistische Landesamt mitteilte.

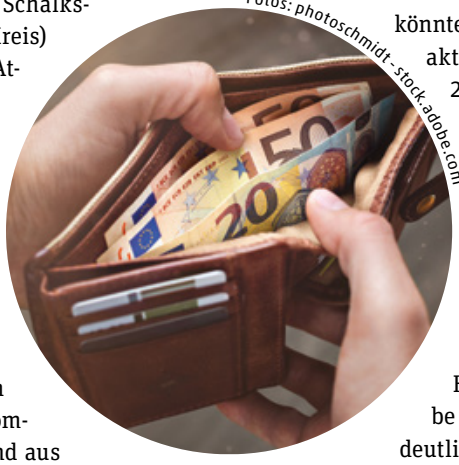
631 Euro, diesen Betrag hatte 2019 jeder Einwohner in NRW im Jahr mehr zur Verfügung als noch im Vorjahreszeitraum. Besonders hoch war das verfügbare Einkommen je Person in Attendorn im Kreis Olpe, gefolgt von Schalksmühle im Märkischen Kreis mit 37.686 Euro. Auf dem dritten Rang kam Meerbusch im Rhein-Kreis Neuss mit 34.194 Euro Jahreseinkommen je Einwohner. Gelsenkirchen mit 17.015 Euro und Kranenburg im Kreis Kleve mit 16.990 Euro belegen die hinteren Plätze in NRW.

Die Summe aller verfügbaren Einkommen in NRW für das Jahr 2019 belaufen sich laut it.nrw auf etwa 414,3 Milliarden Euro. Der größte Anteil entfällt auf die Einwohner Kölns, der einwohnerreichsten Stadt in NRW mit etwa 25,4 Milliarden Euro. In der Landeshauptstadt Düsseldorf betrug die Einkommenssumme etwa 16,9 Milliarden Euro. Das durchschnittliche jährliche Einkommen der Kölner lag mit 23.339 Euro leicht über dem NRW-Schnitt. Innerhalb eines Jahres stiegen die Einkünfte eines jeden Bürgers in Köln in Durchschnitt um 502 Euro zwischen 2018 und 2019 an. In der Landeshauptstadt Düsseldorf hatte jeder Einwohner 2019 ein durchschnittliches Einkommen von 27.199 Euro zur Verfügung.

Die größte Steigerung bei den verfügbaren Einkommen zwischen 2018 und 2019 hab es in Straelen im Kreis Kleve mit einem Plus von 6,7 Prozent. In der Stadt Hamm stiegen die Einkommen um fünf Prozent. Die geringste Einkommenssteigerung gab es in den Städten Schalksmühle (Märkischer Kreis) mit 0,8 Prozent. In Attendorn, dem Ort mit den höchsten Einkommen im NRW-Vergleich, gingen die jährlichen Einnahmen um 0,6 Prozent zurück.

Die Statistiker verstehen unter verfügbaren Einkommen die Einkommenssumme, bestehend aus Arbeitnehmerentgelt und Einkommen aus selbstständiger Arbeit und Vermögen, welche den privaten Haushalten zur Verfügung stehen. Bei der sogenannten Einkommensumverteilung werden Steuern und Sozialabgaben von den Einnahmen abgezogen und empfangene Sozialleistungen addiert. Daraus ergibt sich der Betrag, der jedem Bürger für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung hat.Der Wert ist ein Indikator für die finanziellen Verhältnisse der Bevölkerung in den untersuchten Gemeinden in NRW. Darüber werden Aussagen zur lokalen Kaufkraft ermöglicht, lokale und regionale Preisentwicklungen, wie Inflation, werden dabei nicht berücksichtigt.

Für das Jahr 2020 sind allerdings keine Einkommenssteigerungen in NRW zu erwarten. Dies liegt insbesondere an den Auswirkungen der Coronapandemie. Viele Arbeitnehmer und Selbstständige mussten Einkommenseinbußen durch Kurzarbeit oder fehlende Aufträge hinnehmen. Für das noch laufende Jahr 2021 sieht dies hingegen wieder anders aus. Im zweiten Coronajahr waren deutlich weniger Arbeitnehmer von Kurzarbeitsregelungen betroffen, gleichzeitig entwickelte sich bei den Unternehmen und Selbstständigen die Auftragslage wieder positiv. Zudem tragen Steigerungen bei Abschlüssen von Tarifverträgen zu höheren Einkommen je Einwohner bei. Einen spürbaren Effekt auf die verfügbaren Geldbeträge der Arbeitnehmer werden die Gehaltssteigerungen aufgrund der Inflationssteigerung, insbesondere bei Energiepreisen, wohl nicht haben. Darüber hinaus könnte es zu einigen regionalen Unterschieden kommen, je nachdem welche Branchen in den 396 Städten und Gemeinden in NRW verbreitet sind. So könnten die Einkommen im aktuellen Kalenderjahr 2021 in manchen Landkreisen zwar steigen, liegen aber vermutlich dennoch unter den Werten von 2019, insbesondere in Gebieten, in denen Tourismus sehr verbreitet ist. Hier konnten Betriebe in diesem Jahr häufig deutlich steigende Einkünfte verbuchen, die Erträge liegen allerdings immer noch zumeist unter dem Vorkrisenniveau.



Fotos: photoschmidt - stock.adobe.com

Christian Esser

HANDWERK GUT AUFGESTELLT

Gute Auftragslage, aber großer Fachkräftemangel

Foto: Justlife - stock.adobe.com

Präzisionshandwerk - die Auftragslage hat sich erholt

Obwohl sowohl die Coronapandemie wie auch die verheerende Flutkatastrophe im Sommer 2021 Belastungen für das regionale Handwerk erzeugen, sieht die Handwerkskammer zu Köln die Branche gut aufgestellt. Dies deckt sich mit der aktuellen Konjunkturumfrage der HWK Köln. Besonders gut läuft es für Betriebe, die Bau- und Ausbaugewerke anbieten. HWK-Präsident Hans Peter Wollseifer mahnt aber dringende Veränderungen im Handwerk an.

In der aktuellen Umfrage zur konjunkturellen Lage der Handwerksunternehmen in der Region Köln haben etwa 60 Prozent ihre Geschäftslage als „gut“ eingeschätzt. Der Wert liegt damit sogar höher als bei der Herbstumfrage der HWK Köln aus dem Jahr 2019 vor Beginn der Coronapandemie (damals: 58 Prozent). Zufriedenstellend ist die Situation für etwa 30 Prozent der Handwerksbetriebe. Nur zehn Prozent sprechen derzeit von einer schlechten Lage. Dies beklagten im Frühjahr 2021 noch 26 Prozent der befragten Betriebe. Insgesamt blickt das Handwerk positiv in die Zukunft. 27 Prozent glauben, dass sich die Geschäftslage in den kommenden zwölf Monaten verbessern wird. Nur noch acht Prozent glauben an eine Verschlechterung.

Besonders gut läuft es laut Ergebnissen der Konjunkturumfrage derzeit für das Bau- und Ausbaugewerbe. Zwei Drittel der Betriebe aus diesem Bereich schätzen ihre Geschäftslage als gut ein. In der Ausbaubranche sagen dies sogar drei Viertel der Befragten. Laut HWK überrasche diese positive Entwicklung der Baukonjunktur, da Beschaffungsprobleme bei Baustoffen und damit verbundene Preisexplosionen eher auf eine konjunkturelle Eintrübung hindeuten würden. Obwohl die Branche insgesamt gut aufgestellt ist, mahnt die HWK dringende Veränderungen an.

„Drei Dinge müssen sich aus Sicht des Handwerks dringend ändern“, sagt Hans Peter Wollseifer, Präsident der Handwerkskammer zu Köln, bei der Herbsttagung der Vollversammlung: „Erstens: Die Belastung unserer Betriebe durch unnötige Bürokratie und hohe Sozialabgaben muss sinken. Zweitens: Ausufernde Energie- und Materialpreise müssen schnellstmöglich gebändigt werden – und drittens muss endlich eine echte Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung hergestellt werden, um sicherzustellen, dass die dringend benötigten Nachwuchs- und Fachkräfte ihren Weg ins Handwerk finden.“ Erfreulich sind diesbezüglich aktuelle Zahlen zum Ausbildungsstellenmarkt 2020/2021, nachdem das regionale Handwerk einen leichten Zuwachs von zwei Prozent mehr abgeschlossenen Ausbildungsverträgen verzeichnen kann. „Die Coronapandemie hat den Ausbildungsmarkt zunächst kalt erwischt und ausgebremst. Unsere Zahlen belegen aber, dass sich unsere Betriebe davon nicht haben irritieren lassen, sondern auch in der Krise bewiesen haben, wie robust das Handwerk ist. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen sind kammerweit sogar mehr Ausbildungsverhältnisse zustande gekommen als im Vorjahr“, sagt Simone Marhenke, Geschäftsführerin Bildung der Handwerkskammer zu Köln.

HWK formuliert Aufträge an künftige Regierung

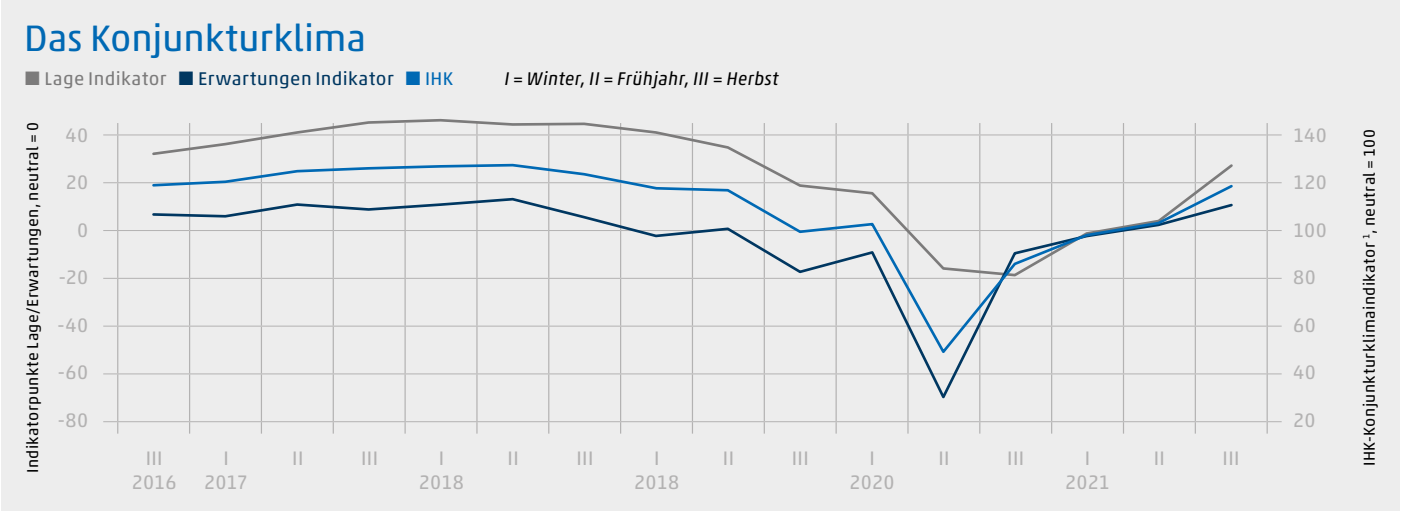
Bei der Herbsttagung der Handwerkskammer zu Köln, bei der die Ergebnisse zur konjunkturellen Lage der Betriebe vorgestellt wurden, nutzte HWK-Präsident Wollseifer die Möglichkeit, auf das noch laufende Geschäftsjahr zurückzublicken und gleichzeitig einen Arbeitsauftrag an die künftige Bundesregierung zu formulieren: „Was ich von der zukünftigen Bundesregierung erwarte, ist eine Politik, die sich kümmert, die von sich aus prüft, an welchen Stellschrauben sie dreht und wo sie unsere Betriebe entlasten kann, etwa bei den Rahmenbedingungen für öffentliche Aufträge – das ist insbesondere in den Kommunen bislang zu wenig geschehen“, so Wollseifer. Zudem appellierte der HWK-Präsident an die künftigen Regierungskoalitionäre, keine Zeit zu verlieren, schnell handlungsfähig zu werden und sich ihrer Verantwortung zu stellen, um sich um die Belastungen der Handwerksbetriebe und deren Beschäftigten zu kümmern. „Mit allen demokratischen Verantwortlichen der Politik werden wir die Positionen des Mittelstands und des Handwerks diskutieren. Hart und selbstbewusst in der Sache, fair und kooperativ in der Zusammenarbeit“, appelliert Wollseifer.

Fotos: Robert Kneschke - stock.adobe.com

Christian Esser

WIRTSCHAFT ERHOLT SICH

Zuversicht bei Unternehmen nimmt zu



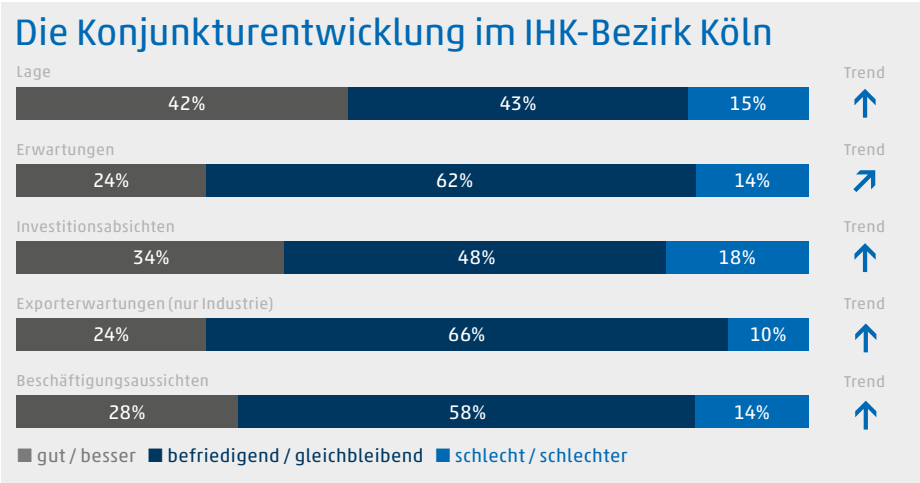
Quelle: Konjunkturbericht der IHK Köln, Herbst 2021

Die aktuelle Konjunkturumfrage der IHK Köln zeigt, dass sich die regionale Wirtschaft von den Folgen der Corona-Pandemie erholt und zuversichtlicher in die Zukunft blickt. Belastend sind für die Betriebe hingegen der Mangel an Rohstoffen und Fachkräften sowie zuletzt rasant steigende Energiepreise, die den Aufschwung teilweise massiv einbremsen.

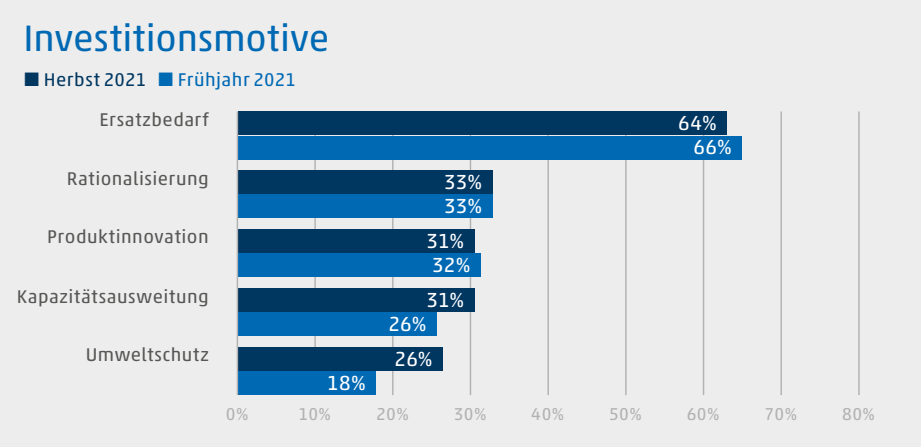
Die jüngste Konjunkturumfrage der IHK Köln, an der sich 658 Unternehmen aus Köln, Leverkusen, dem Rheinisch-Bergischen Kreis, dem Rhein-Erft-Kreis und dem Oberbergischen Kreis beteiligten, weist einen Konjunkturklimaindikator von 117,9 Punkten aus. Gegenüber der Frühjahrsbefragung stieg der Indikator um 15,3 Punkte an und liegt damit erstmals seit Beginn der Coronapandemie in Deutschland wieder über dem langjährigen Durchschnitt. „Corona ist nicht vorbei, doch für viele Unternehmen hat sich die Lage wieder normalisiert. Für die weitere Erholung gibt es aber erhebliche Risiken“, sagt Dr. Uwe Vetterlein, Hauptgeschäftsführer der IHK Köln.

„Viele Unternehmen können wegen hoher Energiepreise oder des Mangels bei Rohstoffen und Vorprodukten längst nicht so erfolgreich arbeiten, wie sie eigentlich könnten“, sagt Vetterlein. „Der Rohstoffmangel ist wie auch der Anstieg der Energiepreise ein globales Phänomen. Steuern und Abgaben machen Energie in Deutschland im internationalen Vergleich aber besonders teuer. Neben den hohen Kosten sind die Unternehmen verunsichert über die künftige Energieversorgung in der Region Köln. Die Unternehmen brauchen Klarheit über den Ausbau alternativer Energien und den Netzausbau. Der Wunsch nach mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit ist groß“, so Vetterlein. 58 Prozent der befragten Betriebe benennen hohe Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko. Mit 59 Prozent ist der Fachkräftemangel das größte Geschäftsrisiko aus Sicht der Unternehmen in der Region. „Die demografische Entwicklung bleibt der maßgebliche Faktor auf dem Arbeitsmarkt, daran hat Corona nichts geändert“, sagt Vetterlein. Unternehmen haben große Probleme, freie Stellen zu besetzen, wie die Konjunkturumfrage zeigt. Das Problem ist in allen Branchen präsent. Besonders stark belastet der Fachkräftemangel das derzeit boomende Baugewerbe (80 Prozent) sowie stark von der Coronapandemie betroffene Branchen wie das Gastgewerbe (70 Prozent), verbrauchernahe Dienstleister (65 Prozent) und den Einzelhandel (64 Prozent). „Dieser Herausforderung effektiv und kreativ zu begegnen ist eine zentrale Aufgabe für Unternehmen, Politik und auch die IHK“, sagt Vetterlein. Der Fachkräftemangel sorgt in den Betrieben für zahlreiche Probleme. Jeweils fast zwei Drittel der Unternehmen geben an, dass ihre Belegschaft von einer Mehrbelastung betroffen ist und die Arbeitskosten steigen. Eine Einschränkung des Angebots benennen 38,5 Prozent als Problem infolge des Fachkräftemangels. Bei etwa 21 Prozent der Befragten führt das Problem zu Verlusten bei Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Nur etwa neun Prozent melden keine Folgen bzw. keinen Fachkräftemangel im Betrieb.

In der aktuellen Konjunkturumfrage der IHK Köln hat sich der Geschäftslageindikator in der Region deutlich gesteigert. Im Vergleich zur Vorumfrage stieg der Wert um 23,5



Quelle: Konjunkturbericht der IHK Köln, Herbst 2021



Quelle: Konjunkturbericht der IHK Köln, Herbst 2021

Punkte auf 26,8 Punkte. Insgesamt meldeten mehr als 40 Prozent eine gute Geschäftslage. Nur noch 16 Prozent beschreiben ihre aktuelle Lage als schlecht. Die Situation hat in einigen Branchen bereits wieder Vorkrisenniveau erreichen können. Besonders gut läuft es derzeit im Baugewerbe, bei unternehmensorientierten Dienstleistern und im Großhandel. „Industrie und Bau haben die Konjunktur wieder aus dem Tal gezogen und sind entscheidend für die wirtschaftliche Erholung. Gerade sie sind aber jetzt von den hohen Energiepreisen und den fehlenden Rohstoffen betroffen“, erklärt Vetterlein. Die Lage hat sich auch in den besonders von der Coronapandemie betroffenen Branchen, wie dem Gastgewerbe, den personenbezogenen Dienstleistern und bei Einzelhändlern, verbessert. Ein Vorkrisenniveau wurde in diesen Branchen allerdings noch nicht erreicht. „Vielerorts sieht es zwar wieder besser aus, je nach Ausrichtung ist die Lage aber immer noch schwierig, zum Beispiel für Hotels, die auf Geschäftsreisende und Messebesucher ausgerichtet sind“, sagt Vetterlein. „Wichtig für diese Branchen ist, dass 2- oder 3G-Regelungen auch bei steigenden Inzidenzen weiter möglich bleiben.“

Exportorientierte Unternehmen rechnen auch weiterhin mit hohen Preisen für Rohstoffe und Energie sowie daraus resultierenden Liefer- und Logistikproblemen. Dennoch ist die Zuversicht bei den Industrieunternehmen groß, die Hoffnung auf ein besseres Exportklima ist groß. Etwa 24 Prozent der Exporteure erwarten in den kommenden zwölf Monaten ein größeres Exportvolumen. Nur noch zehn Prozent rechnen mit niedrigen Exportvolumina. Über die Hälfte der befragten Industriebetriebe meldet eine erhöhte Zahl an Aufträgen.

Die steigende Zuversicht der Betriebe wirkt sich auch auf die Investitionsabsichten aus. 34 Prozent planen in Zukunft höhere Investitionsausgaben. Vor einem Jahr wollten noch 14 Prozent weniger mehr investieren, 43 Prozent wollten sogar ihre Investitionen kürzen. Die Lage hat sich nun deutlich gewandelt. Grund für die Investitionen ist vor allem der Umweltschutz. Jedes vierte Unternehmen möchte deshalb Investitionen tätigen. In der Vorumfrage im Frühjahr 2021 plante nicht einmal jedes fünfte Unternehmen solche Investitionen. Hauptmotiv für die Betriebe sind aber der Ersatzbedarf und die Rationalisierung.

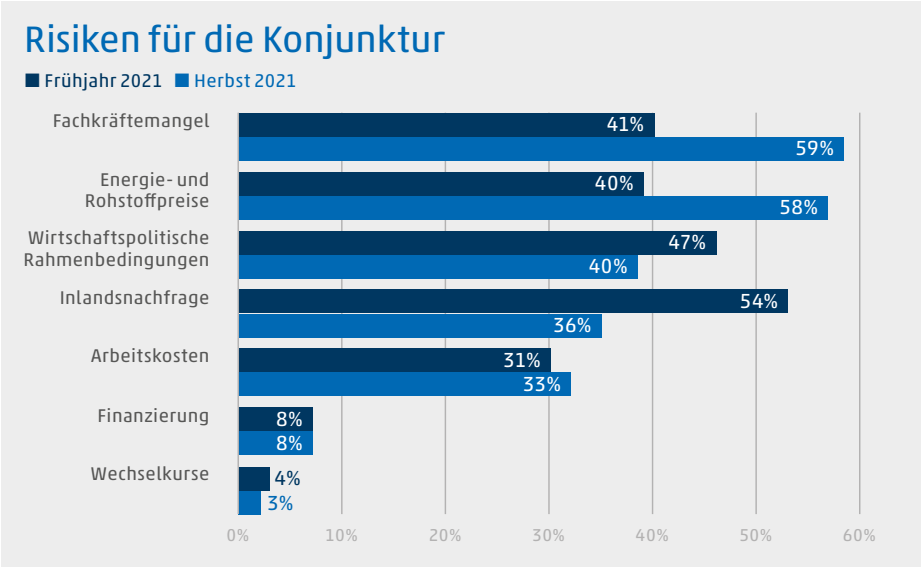
Kölner Betriebe zuversichtlich

Die Lage der Unternehmen in Köln hat sich gegenüber der Vorumfrage der IHK Köln deutlich verbessert. Etwa 42 Prozent melden eine gute Lage (vorher: 27 Prozent). Nur noch 16 Prozent der Betriebe geht es schlecht (vorher: 31 Prozent). Die Situation hat sich insbesondere bei Industrieunternehmen und bei Dienstleistern deutlich verbessert. Der Handel meldet ebenfalls deutlich verbesserte Geschäftslagen. Zudem blicken die Betriebe aus der Domstadt deutlich zuversichtlicher auf die kommenden zwölf Monate als noch im Frühjahr 2021. Probleme für die Kölner Betriebe sind die hohen Energie- und Rohstoffpreise, der Fachkräftemangel sowie Unsicherheiten bezüglich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Insgesamt wollen die Betriebe mehr investieren und ihr Personal aufstocken, dies ist insbesondere bei Industrie- und Dienstleistungsbetrieben der Fall. Handelsunternehmen blicken ebenfalls zuversichtlich in die Zukunft, aber deutlich zurückhaltender.

Die Situation der Betriebe hat sich auch in Leverkusen verbessern können, allerdings war die Lage bei den Betrieben schon in der Vorumfrage wieder auf einem hohen Niveau, sodass die Steigerungen nur gering ausfallen. 44 Prozent melden eine gute Geschäftslage. Ein Plus von zwei Prozent. Nur noch 19 Prozent melden eine schlechte Lage (vorher: 27 Prozent). Eine bessere Lage meldet auch der Rheinisch-Bergische Kreis. 40 Prozent der Betriebe bewerten ihre Geschäftslage als gut (vorher: 34 Prozent). Mit 14 Prozent melden deutlich weniger Unternehmen eine schlechte Lage als noch im Frühjahr (24 Prozent). Ein Viertel der Betriebe geht in den kommenden zwölf Monaten davon aus, bessere Geschäfte machen zu können.

Den größten Sprung bei der Einschätzung der Geschäftslage machte der Rhein-Erft-Kreis. 40 Prozent der Unternehmen bewerten die aktuelle Lage als gut. Bei der Vorumfrage waren es nur 22 Prozent. Nur noch zwölf Prozent der Betriebe melden eine schlechte Geschäftslage, 17 Prozent weniger als noch im Frühjahr. Der Lageindikator im Oberbergischen Kreis hat sich ebenfalls verbessert. Allerdings fällt die Verbesserung, ähnlich wie in Leverkusen, nur gering aus. 44 Prozent der Betriebe melden eine gute Geschäftslage (vorher: 43 Prozent). 15 Prozent der Unternehmen melden eine schlechte Lage (vorher: 21 Prozent).

Christian Esser



Quelle: Konjunkturbericht der IHK Köln, Herbst 2021

DIE INKASSO-SAMMELKLÄGER KOMMEN

Die Air Berlin-Entscheidung sowie das neue Legal-Tech-Gesetz lassen darauf schließen, dass zukünftig vermehrt mit "Inkasso-Sammelklagen" zu rechnen ist

Foto: Real Vector - stock.adobe.com

Die Air-Berlin-Entscheidung deutet weiter Richtung Zulässigkeit des Inkasso-Sammelklagen-Modells

„Mass claims", also Prozesse, bei denen eine Vielzahl von gleich gelagerten Ansprüchen gegen ein oder wenige Unternehmen geltend gemacht werden, haben in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung erfahren. Dies gilt nicht nur im Rahmen des Jahrhundertverfahrens „Diesel". Immer mehr Kanzleien spezialisieren sich auf ein Geschäftsmodell, in dem auf möglichst effiziente, „industrialisierte" Rechtsdurchsetzung von massenweisen Forderungen gesetzt wird.

Dieser Trend ist entscheidend auf den Fortschritt durch „Legal Tech" zurückzuführen, so auch bei dem sogenannten „Sammelklage-Inkasso-Modell". Bei diesem Modell treten Betroffene regelmäßig ihre Ansprüche an ein Inkassounternehmen ab, das die Ansprüche bündelt und unter Übernahme des Kostenrisikos und Einschaltung von Rechtsanwälten gerichtlich geltend macht. Im Erfolgsfall behält das Inkassounternehmen einen prozentualen Anteil der Erlöse aus dem Forderungseinzug. Im Bereich Kartellschadensersatz erprobt die Klägerseite dieses Konzept seit mehr als 15 Jahren immer wieder – bislang erfolglos. In jüngerer Vergangenheit fanden sich immer mehr Legal-Tech-Startups, etwa Flightright, Myright, financialright, EU Claims, Wenigermiete.de, Bahn-Buddy oder Helpcheck. Aktuell lockt die Plattform RightNow mit Schadensersatzforderungen gegen Impfzentren wegen „Datenpannen" und mit der Rückforderung von Fitnessstudio-Beiträgen im Lockdown.

Diese Art der gebündelten Anspruchsgeltendmachung ist jedoch rechtlich nicht ganz unproblematisch. Das oben beschriebene „Einsammeln" der Forderungen stellt sich als Inkassodienstleistung im Sinne des Rechtsdienstleistungsgesetzes (RDG) dar, die erlaubnispflichtig ist. Die Inkassodienstleister können sich dazu relativ einfach registrieren. Die gerichtliche Geltendmachung wird in einem zweiten Schritt von Anwälten wahrgenommen, die dem anwaltlichen Berufsrecht unterstehen. Nach diesem sind unter anderem Erfolgsvergütungen und die eigene Prozessfinanzierung ihrer Mandanten verboten. Diese Verbote umgehen die Inkasso-Startups, indem sie ihre anwaltlichen Prozessvertreter auf Stundenbasis vergüten und das prozessuale Unterliegensrisiko selbst absichern. Im Gegenzug erhalten die Inkassounternehmen im Falle des Obsiegens einen bedeutenden Anteil des Prozesserlöses als Erfolgshonorar. Bislang ist hoch umstritten, ob diese Umgehung des anwaltlichen Berufsrechts durch Inkassounternehmen zur Unwirksamkeit der Forderungsabtretung an das Inkassounternehmen führt.

Ganz aktuell gibt es jedoch zwei Entwicklungen, die bestehende Rechtsunsicherheiten in Bezug auf das „Sammelklage-Inkasso-Modell" schrittweise beseitigen und erwarten lassen, dass der aktuelle Trend sich weiter fortsetzen und in Zukunft vermehrt mit weiteren „Inkasso-Sammelklagen" zu rechnen sein wird.

Neues Legal-Tech-Gesetz vom 1. Oktober 2021

Zum einen ist am 1. Oktober 2021 das „Gesetz zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt", vielfach auch Legal Tech-Gesetz genannt, in Kraft getreten.

Nach dem Gesetz soll die Registrierung der Inkassodienstleistung zum Schutz der Verbraucher vor „offensichtlich unzulässiger" Anspruchsgeltendmachung an höhere Hürden geknüpft werden. Ferner sind Informationspflichten für Inkassounternehmen vorgesehen, die den Verbrauchern andere Wege zur Durchsetzung ihrer Ansprüche aufzeigen sollen. Ein Interessenkonflikt zwischen Inkassounternehmen und Prozessfinanzierern, der zu einer Unzulässigkeit der Abtretung führen könnte, soll nach dem Gesetz nicht schon dann vorliegen, wenn das Inkassounternehmen Berichtspflichten gegenüber dem Prozessfinanzierer eingeht, hingegen dann, wenn der Prozessfinanzierer ein Vetorecht mit Blick auf Verfahrenshandlungen hat.

Im Gegensatz zum Regierungsentwurf aus Januar 2021 sieht das Legal-Tech-Gesetz in seiner Fassung vom 1. Oktober 2021 aktuell nicht mehr vor, Wettbewerbsnachteile für Anwälte gegenüber den Inkassodienstleistern mit Anpassungen des anwaltlichen Berufsrechts zu beseitigen, indem auch der Anwaltschaft gestattet werden sollte, die Kosten eines Verfahrens (bspw.

Gerichtskosten, Verwaltungskosten oder Kosten anderer Beteiligter) zu übernehmen. Eine Übernahme von Fremdkosten ist weiter nur bei Inkassodienstleistungen möglich.

Schließlich wird im Legal-Tech-Gesetz die Inkassodienstleistung in § 2 Abs. 2 S. 1 RDG neu definiert. Hiernach sind neben der Einziehung auch die Berechtigungsprüfung und die Beratung vom Begriff der Inkassodienstleistung erfasst, soweit sie sich auf die Einziehung einer konkreten Forderung beziehen. Weitergehende Tätigkeiten sind hingegen nicht erfasst, so etwa die Ausübung von Gestaltungsrechten oder die Geltendmachung von Auskunftsansprüchen gegenüber Dritten. Nebenleistungen sind dann nicht erfasst, wenn eine besondere Verschwiegenheit gefordert ist oder komplexe rechtliche Erwägungen nötig werden.

Statt einer eindeutigen Definition des Begriffs bleibt das Gesetz jedoch vergleichsweise offen. Auch bleibt offen, anhand welcher Parameter sich die Zulässigkeit eines Sammelklage-Inkasso-Modells genau beurteilen soll. Den Sammelklagen-Inkasso-Unternehmen bleibt damit nach dem Gesetz weiterhin ein recht großer Spielraum. Bei zahlreichen Geschäftsmodellen kann andererseits nach wie vor eine Unzulässigkeit angenommen werden.

Air-Berlin-Entscheidung des BGH aus Juli 2021

Eine weitere Stärkung erfuhren die Legal-Tech-Sammelklagen-Inkasso-Modelle durch ein kürzlich ergangenes Urteil des BGH (Urt. v. 13.07.2021, Az. II ZR 84/20). In diesem ging es um das Legal-Tech-Unternehmen Airdeal, welches gegen den früheren Geschäftsleiter der mittlerweile insolventen Fluggesellschaft Air Berlin aus abgetretenem Recht vorging.

In Streit stand insbesondere die Frage, ob das Inkassounternehmen, welches sich Ansprüche zur gerichtlichen Durchsetzung hat abtreten lassen, aktivlegitimiert sei, ob also das betriebene Geschäftsmodell im Einklang mit dem RDG steht und somit überhaupt zulässig ist. Nur in diesem Fall konnte eine wirksame Abtretung an das klägerische Inkassounternehmen erfolgen. Zudem stellte sich die Frage, ob es eine Inkassodienstleistung i. S. d. § 2 II RDG darstellen kann, wenn eine außergerichtliche Einigung mit dem Schuldner von Anfang an nicht möglich erscheint und das Geschäftsmodell somit ausschließlich auf eine gerichtliche Geltendmachung gerichtet ist.

Foto: MG-illustrations - stock.adobe.com

Zunehmende Möglichkeiten zum Einsatz von Legal-Tech führen zu immer mehr Mass Claims in der deutschen Prozesslandschaft

Die bisherige Instanzrechtsprechung hatte solche Geschäftsmodelle, die sich ausschließlich auf eine gerichtliche Durchsetzung richten, weit überwiegend als unzulässig bewertet. Der Schutzzweck des RDG werde damit konterkariert. In seinem viel beachteten Lexfox-Urteil legte der BGH jedoch erstmals einen weiten Inkassobegriff fest, wobei offenblieb, ob das Urteil auf andere Fälle übertragbar ist. Mit der Air-Berlin-Entscheidung stellte der BGH nun klar, dass das „Sammelklage-Inkasso" grundsätzlich im Einklang mit dem RDG steht, und hat beide Fragen bejaht.

Hierfür sprechen der Wortlaut und die Systematik des RDG, die keinen Ausschluss eines solchen Modells statuieren. Der Schutzzweck des RDG – Rechtsuchende vor unqualifizierten Rechtsdienstleistungen zu schützen – erfordere vor dem Hintergrund der Berufsausübungsfreiheit eine weite Auslegung und sei durch die anwaltliche Vertretung im Prozess und die zur Registrierung eines Inkassounternehmens erforderliche Sachkunde hinreichend geschützt. Die gebündelte Geltendmachung statt zahlreicher Einzelprozesse könne zudem zu einer Steigerung der Qualität der Rechtsberatung zum Vorteil der Abtretenden führen. Die genannten Geschäftsmodelle erleichterten zudem den Zugang zum Recht, da die Rechtsuchenden ein geringeres Kostenrisiko bei der Durchsetzung ihrer Forderung eingingen. Zugleich führe die Bündelung zu einer Entlastung der Justiz.

Fazit

Das Sammelklage-Inkasso-Modell hat damit aktuell einen weiteren Aufschwung erfahren, auch wenn noch zahlreiche Fragen in Bezug auf seine Zulässigkeit offen und zu klären sind. Die neueren Entwicklungen werden den Inkasso-Sammelklage-Startups jedenfalls vorerst den Weg ebnen, nicht nur zahlenmäßig weiter zu wachsen, sondern auch mehr Einfluss auf die Zukunft der Prozesswelt zu nehmen. Es ist damit zu rechnen, dass die Angebote für Verbraucher noch umfangreicher sein werden und die Gerichte wie potenziell beklagte Unternehmen sich mit weiteren gebündelten Klagen zu beschäftigen haben.

Foto: Joerg Modrow / Laif / Luther Rechtsanwaltsgesellschaft

Gastautorin: Katharina Klenk-Wernitzki, Dipl.-Reg.-Wiss. Rechtsanwältin bei Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

DIE GELDWASCHMASCHINE

Deutschland macht es Kriminellen leicht

Foto: ronstik - stock.adobe.com

Kriminelle wissen: das Fassungsvermögen der deutschen "Geldwäschetrommel" ist groß

Wirtschaftlich steht Deutschland gut da, im Exportranking belegt die Bundesrepublik einen Topplatz, aber leider auch, wenn es darum geht, wo Kriminelle besonders gut Geld waschen können. Das Problem ist seit Jahren bekannt, gebessert hat sich kaum etwas, nun steht Deutschland wieder auf dem Prüfstand.

Als beim Protagonisten der Erfolgsserie „Breaking Bad“ Walter White die Kasse ob seiner Drogendeals klingelt, stellt sich irgendwann die Frage, wo das ganze Geld hinsoll. Ein Lösungsansatz: Er kauft die Autowaschanlage, in der er sich einst etwas dazuverdienen musste, und nutzt folglich diese, um das „dreckige“ Geld nach und nach zu waschen. Bon für Bon werden Hochglanzwäsche, Autowachs und Co. verbucht. Was einst dreckig war, wird bestens gesäubert und brav versteuert, um die Spuren zu verwischen. Was zum Ende der Serie auf dramatische Weise schiefgeht und auffliegt, geht in Deutschland hingegen viel zu oft gut – Deutschland gilt international als Geldwäsche-Paradies.

Nordkorea, Angola und Pakistan sind nur drei Länder, die auf einer „schwarzen Liste“ stehen. Diese drei Länder stellen laut Financial Action Task Force (FATF) ein „Risiko für das internationale Finanzsystem“ dar. Bei der letzten turnusmäßigen Prüfung durch FATF landete Deutschland fast auf dieser "schwarzen Liste", denn Deutschland hat ein Problem mit Geldwäsche und öffnet Kriminellen somit Tür und Tor, wie der Bericht deutlich machte. Nur 29 der 49 untersuchten Bereiche konnten erfüllt werden. In fünf Bereichen fiel man komplett durch. Das Ergebnis der FATF von 2009, als die letzte Prüfung stattfand, war verheerend. Der Ruf der Bundesrepublik stand auf dem Spiel und tut es diesmal auch, denn aktuell wird wieder geprüft. Zwar wird das Ergebnis der aktuellen Prüfung durch die FATF wohl erst Mitte 2022 feststehen. Einen großen Sprung nach vorne kann die Bundesrepublik allerdings nicht erwarten.

Bei all der gerechtfertigten Kritik gegenüber Finanzministerien, FIU und Zoll gibt es auch immer mal wieder Lichtblicke beim Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. So konnten bei Razzien gegen ein international agierendes Geldwäschenetzwerk Anfang Oktober 2021 umfangreiche Beweismittel und Luxusgegenstände im Millionenwert beschlagnahmt werden. NRW-Innenminister Herbert Reul bezeichnete dies als „ein verdammt dickes Ding [...], an dem lange und unter strenger Geheimhaltung gearbeitet wurde“. Bei der Aktion waren rund 1.400 Beamte beteiligt, die über 80 Immobilien und Geschäfte in 25 Städten durchsuchten. Die Gruppe soll seit 2016 Waren- und Geldflüsse von etwa 140 Millionen Euro mit kriminellen Handlungen umgesetzt haben.

Razzien kurz vor der Bundestagswahl

Für den Spitzenkandidaten der SPD im Bundestagswahlkampf kam der Besuch der Kriminalbeamten zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt. Anfang September 2021 wurden Razzien durchgeführt, insbesondere im Finanzministerium, genauer in der deutschen Zentralstelle für die Finanztransaktionsuntersuchungen, auch Financial Intelligence Unit (FIU) genannt. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter übte scharfe Kritik unmittelbar vor den Bundestagswahlen: „Es ist ein Armutszeugnis für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Mitten in der Prüfung der FATF stolpern wir von einem Skandal zum anderen und finden dafür nur scheinheilige Erklärungen. Dass jetzt auch noch der betroffene Ressortchef und Kanzlerkandidat Scholz die laufenden Ermittlungen äußerst negativ konnotiert, ist ein weiteres düsteres Kapitel in dieser ‚unendlichen Geschichte‘. Es handelt sich zugleich um eine Bankrotterklärung für die Kriminalitätsbekämpfung in Deutschland. Die Bekämpfung der Geldwäsche ist DER Schlüssel zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die sicher nicht grundlos in Deutschland prächtig gediehen ist. Ebenso ist sie essenzieller Bestandteil erfolgreicher Terrorismusbekämpfung.“ Mit der Bildung einer neuen Bundesregierung biete sich aber eine Chance für eine Zäsur: „Der günstige Zeitpunkt muss für eine Harmonisierung der kriminalpolizeilichen Befugnisse des Bundes genutzt werden. Die Zeit dilettantisch agierender, gegenseitig abgeschotteter Strukturen muss der Geschichte angehören. Die FIU ist dafür der beste Beweis.“

Wer kriegt das Finanzministerium?

Fast 1.800 Seiten an Dokumenten hat die Bundesrepublik der FATF übergeben. Nach der Prüfung wird sich zeigen, welche Fortschritte unter den Finanzministern

Foto: martinfedy - stock.adobe.com

Kriminalbehörden fordern einen verstärkten Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Wolfgang Schäuble (CDU) und Olaf Scholz (SPD) gemacht werden konnten und wo es weiterhin hapert. Derweil buhlen die Verhandlungsführer von Grünen und FDP bereits kräftig um das Finanzministerium unter der künftigen Ampel-Koalition, die, so ist der Plan, Anfang Dezember ihre Arbeit aufnehmen möchte. Viel Zeit, um noch weitere Verbesserungen im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einleiten zu können, bleibt nicht. Sicher scheint derzeit lediglich, dass entweder Christian Lindner (FDP) oder Robert Habeck (Grüne) künftig Bundesfinanzminister wird. Dieses Amt innerhalb der Bundesregierung ist besonders begehrt, denn es stellt eine große Machtoption dar. Ein Vetorecht gibt es zwar nicht, allerdings regelt Paragraf 112 des Grundgesetzes: „Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen. Sie darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden. Näheres kann durch Bundesgesetz bestimmt werden.“ Es handelt sich um ein Widerspruchsrecht. Der Finanzminister wie auch Justiz- und Innenminister haben die Möglichkeit, gegen Gesetze einen Widerspruch zu formulieren. Damit verzögert sich ein mögliches Gesetzesvorhaben allerdings nur, denn der ministeriale Widerspruch kann durch eine einfache Mehrheit im Bundestag wieder aufgehoben werden. Hinzu kommen wichtige Aufgaben wie die Erstellung des Bundeshaushalts wie auch die Abstimmung innerhalb der EU bzgl. der Währungspolitik und des EU-Haushalts, zudem obliegt dem Ministerium die Zuständigkeit für nationale und internationale Steuerfragen.

Christian Esser

Foto: studio-zwoelf - stock.adobe.com

Die Polizei ist auch im Kampf gegen Geldwäsche im Einsatz

DIE FAMILIEN UNTERNEHMER

DAS WIR IN WIRTSCHAFT
DIE FAMILIEN-UNTERNEHMER

90 Prozent aller deutschen Unternehmen sind Familienunternehmen. Wir stellen fast 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und rund 80 Prozent der Ausbildungsplätze in Deutschland.

Unterstützen Sie die Belange der Familienunternehmer und werden Sie Mitglied bei DIE FAMILIENUNTERNEHMER!

Ihr Ansprechpartner in der Region:
FRANK OELSCHLÄGER |
Regionalvorsitzender Metropolregion Köln Bonn |
f.oelschlaeger@gilog.net

www.familienunternehmer.eu
kontakt@familienunternehmer.eu

WARUM RENTNER IM ALTER ARBEITEN

Immer mehr Menschen gehen im Alter einer Erwerbstätigkeit nach. Studienergebnisse verraten nun, warum.

Foto: deagreez - stock.adobe.com

Die meisten erwerbstätigen Rentner haben große Freude an ihrer Arbeit

Ob selbstständig, Minijobber, in Teilzeit oder in Vollzeit. Viele ältere Menschen verdienen sich auch nach dem Eintritt ins Rentenalter noch etwas dazu. In den seltensten Fällen steckt jedoch drohende Altersarmut dahinter.

Deutschland ist ein Sozialstaat. Wer hier lebt und arbeitet, profitiert von vielen staatlichen Leistungen, von denen andere Länder nur träumen können. Eine davon ist die staatliche Rente. Um davon im Alter jedoch gut leben zu können, bedarf es unterschiedlicher Faktoren: Die Dauer der Beschäftigung, die Höhe der in die Rentenversicherung eingezahlten Beiträge sowie der Familienstand während der Zeit als Berufstätiger sind nur einige davon. Holger Schäfer, Senior Economist für Beschäftigung und Arbeitslosigkeit am Institut der deutschen Wirtschaft Köln, weiß um all die Gründe, die dafür verantwortlich sein können, dass Altersarmut drohen kann. Unstete Erwerbsbiografien – etwa aufgrund temporärer Arbeitslosigkeit – oder die steigende Anzahl alleinlebender Rentner stellen schon jetzt ein erhöhtes Altersarmutsrisiko dar. Besonders hart treffe es seiner Meinung nach jedoch die Generation Y (1980 bis 1995): „Diese Generation hat das zusätzliche Problem, dass sie irgendwann die Babyboomer versorgen müssen mit ihren Renten. Das ist ein Berg von geburtenstarken Jahrgängen, die nicht adäquat durch die späteren Jahrgänge ersetzt werden. Diese Generationen müssen daher für sich privat vorsorgen und gleichzeitig müssen sie die hohen Rentenbeiträge zahlen, um die Babyboomer zu versorgen – das stellt eine doppelte Belastung dar."

Doch ein Blick auf aktuelle Zahlen der Rentner von heute zeigt: Auch jetzt schon verdienen sich viele Rentner ein Taschengeld dazu. Laut der statistischen Erhebung Mikrozensus waren im Jahr 2019 7,8 Prozent der Personen über 64 Jahre erwerbstätig. Ist Altersarmut etwa doch schon verbreiteter als zunächst gedacht? In dem IW-Kurzbericht zur sozialen Lage erwerbstätiger Rentner geht Holger Schäfer dieser Frage nach. Aktuelle Studienergebnisse zeigen, dass in den wenigsten Fällen finanzielle Probleme die Motivation für eine Erwerbstätigkeit im Alter darstellen. Vielmehr seien es Faktoren wie „Spaß an der Arbeit" oder „der Kontakt zu anderen Menschen", die eine essenzielle Rolle spielten. Ausgehend von den Ergebnissen der Befragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels aus dem Jahr 2019, bei dem jährlich rund 30.000 Menschen befragt werden, traten außerdem folgende Ergebnisse zutage: Erwerbstätige Rentner sind im Durchschnitt jünger und gesünder als Rentner, die nicht arbeiten. Außerdem leben zwei Drittel der erwerbstätigen Rentner in Paarhaushalten und 58 Prozent von ihnen sind Männer. Auch die berufliche Qualifikation stehe in einem engen Zusammenhang damit, ob im Alter noch einer Beschäftigung nachgegangen werde oder nicht. So stellte sich heraus, dass der Anteil der Erwerbstätigen mit einem höheren Bildungsabschluss wie Fachschule, Meister oder einem akademischen Abschluss mit 37 Prozent zehn Prozent höher ist als der Anteil unter den nicht erwerbstätigen Rentnern. Grund dafür seien die höheren Stundenlöhne, die Höherqualifizierte bekommen, sodass sich die Arbeit für sie mehr lohnt. Außerdem hält Schäfer fest, dass es keine signifikanten Unterschiede bei der Rentenhöhe zwischen Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen gäbe und die Korrelation zwischen der Rentenhöhe und der Höhe des erzielten Erwerbseinkommens nahezu null sei. Die Annahme, dass Rentner arbeiten gehen, weil sie andernfalls von Altersarmut betroffen seien, kann hiermit also nicht bestätigt werden. Erwerbstätige Rentner verfügen in der Regel über ein deutlich höheres Nettoeinkommen als nicht erwerbstätige Rentner und sind überdurchschnittlich qualifiziert.

Für Schäfer selbst kamen diese Ergebnisse wenig überraschend: „Es gibt ja diverse Studien, die darauf hindeuten, dass die Motivation der Rentner, erwerbstätig zu werden, eben nicht unbedingt finanzielle Not ist", konstatiert er. „Es hat mich eher geärgert, dass diese Diskussion ausschließlich in die Richtung lief, wer als Rentner erwerbstätig ist, der tut das, weil seine Rente nicht zum Leben reicht. Das ist quasi so ein Automatismus, der in allen Berichten so verfolgt wird. Deswegen war die Veröffentlichung dieser Studienergebnisse für mich der Ideale Anlass, mich in Gestalt eines Kurzberichtes noch mal mit dem Thema zu beschäftigen."

Weitere Details der Studienergebnisse gibt es im IW-Kurzbericht, der kostenlos auf der Seite des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln unter www.iwkoeln.de heruntergeladen werden kann.

Jana Leckel

ESSENTIAL BY DORINT ART COLOGNE ERÖFFNET

Dorint Hotelgruppe nun mit vier Hotels in Köln vertreten

Foto: Dorint

Das neue Drei-Sterne-Superior Hotel „Essential by Dorint Art Cologne" liegt in absolut zentraler Lage nur einen Steinwurf vom Nordeingang der Messe Köln entfernt.

Am 1. Oktober 2021 hat die Dorint Gruppe das Essential by Dorint Art Cologne in unmittelbarer Nähe der Messe Köln eröffnet. Mit den Eigentümern Willibert Plum und Helga Welfonder wurde ein langjähriger Pachtvertrag für das bisherige „Burns Art Hotel" unterschrieben. Das Boutique Hotel sowie das Dorint an der Messe als Dependance werden von Dorint-Direktor Mirko Kaiser in Personalunion geleitet.

Das moderne Drei-Sterne-Superior Hotel in absolut zentraler Lage wird als Garni-Hotel mit Shuttle-Anschluss an das Messehotel und die Messe vermarktet. Es verfügt über 118 Zimmer in fünf verschiedenen Kategorien, ein Frühstücksrestaurant und eine Lounge-Bar. „Das moderne Lifestyle-Hotel ergänzt unser Angebot hier in Köln perfekt", ist sich Dorint-Geschäftsführer Jörg T. Böckeler sicher. „Wir bekennen uns damit eindeutig weiter zum internationalen Messestandort Köln."

Zehntes Essential by Dorint Hotel

Das Essential by Dorint Art Cologne ist nur einen Steinwurf vom Nordeingang der Messe Köln entfernt, sodass die Hotelgäste den Eingang der Messe fußläufig in wenigen Minuten erreichen können. Damit befinden sich Veranstaltungsorte vieler weltweit bedeutender Ausstellungen in unmittelbarer Nähe. Das inzwischen zehnte Hotel der Kölner Hotelgruppe unter der neuen Marke „Essential by Dorint" ist neben dem in Köln-Junkersdorf das zweite in der Domstadt. An der Messe existiert für jede Etage ein eigenes Gestaltungskonzept mit Fokus auf Kunst und Kultur. Dorint-Geschäftsführer Jörg T. Böckeler: „Wir freuen uns, dass wir unsere junge Lifestyle-Marke Essential by Dorint weiter ausbauen können. Es ist genau der richtige Moment, wieder zu wachsen, zumal das Geschäft – auch gerade hier in Köln – in allen Segmenten wieder anzieht."

Mehr Infos unter: www.dorint.com

Führungswechsel

Jörg T. Böckeler und Bettina Schütt neues Führungsduo der DHI Dorint Hospitality & Innovation GmbH ab Januar 2022

Jörg T. Böckeler (55) übernimmt am 1. Januar 2022 als Sprecher der Geschäftsführung und Chief Executive Officer (CEO) die Leitung der Dorint Hotelgruppe mit den Marken HOMMAGE Luxury Hotels Collection, Dorint Hotels & Resorts und Essential by Dorint. Gemeinsam mit Bettina Schütt (59) – ab dann COO – bildet er das neue Führungsduo der DHI Dorint Hospitality & Innovation GmbH mit mehr als 60 Hotels & Resorts in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Jörg T. Böckeler ist seit Januar 2018 Geschäftsführer für die Bereiche Operations, Marketing & Sales und Revenue und verantwortet bereits seit Gründung als CEO die HOMMAGE Hotels.

Bevor er zur Dorint Gruppe wechselte, arbeitete er in leitenden Positionen bei der Intercontinental Hotel Group (IHG), u. a. als Regional Manager Australien in Sydney und General Manager in Berchtesgaden und auf der Düsseldorfer Königsallee. Jörg T. Böckeler freut sich sehr auf die neue Herausforderung: „Ich bin stolz, dass der Dorint Aufsichtsratsvorsitzende, Dirk Iserlohe, mir das Vertrauen entgegenbringt, das Unternehmen mit noch mehr Verantwortung weiter erfolgreich zu führen. Gerade jetzt, in diesem schwierigen Stadium der Pandemie liegt unser Fokus weiterhin auf kontrolliertem Wachstum. Das bedeutet, dass wir mit unseren drei Marken sinnvoll weiterwachsen und sie in unseren angestammten Märkten Deutschland, Österreich und der Schweiz noch nachhaltiger positionieren werden. Damit sichern wir weiter unsere Umsätze und können einen Mehrwert für unsere Gäste und für unsere #HotelHelden schaffen.

Mehr Infos unter: dorint.com & hommage-hotels.com

Foto: Soenne.com

Jörg T. Böckeler übernimmt ab 01. Januar 2022 die Leitung der Dorint Hotelgruppe

MÖGLICHST KEINE EFFEKTHASCHEREI

Architektur kann einen wertvollen Beitrag zu Klimaschutz und Ressourcenschonung leisten

Foto: Bettina Malik

Monika und Reinhard Lepel denken und handeln in großen Zyklen

Klima und Umweltschutz spielen beim nachhaltigen Bauen eine große Rolle, denn Gebäude und Bauvorgänge erzeugen rund 40 Prozent aller CO_2-Emissionen. Dieser Verantwortung stellen sich verschiedene Player in der Kölner Baulandschaft seit vielen Jahren, darunter auch das Architektur – und Innenarchitekturbüro Lepel & Lepel. Für das Büroloft Clouth 104 in Nippes beispielsweise erhielt das 25-köpfige Team aus Architekt- und Innenarchitekt*innen mit einer Platin-Zertifizierung die höchste Auszeichnung der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen. „Darauf sind wir sehr stolz", sagt Innenarchitektin Monika Lepel im Gespräch mit DIE WIRTSCHAFT. Zusammen mit ihrem Mann, dem Architekten Reinhard Lepel, erklärt sie im Doppelinterview, was es heißt, grün zu denken.

DIE WIRTSCHAFT: Ihr Credo bei Design- und Bauvorhaben ist „We think green"! Was steckt alles hinter Ihren „Green Buildings"?

Reinhard Lepel: Wir sind der Überzeugung, als Architekten und Innenarchitekten einen wesentlichen gesellschaftlichen Beitrag leisten zu können und müssen, um die erklärten Umweltziele zu erreichen. Aus diesem Grunde verstehen wir es als unseren Auftrag, mit unseren Auftraggebern passende nachhaltige Lösungen zu finden. Im Zuge von nachhaltigem Bauen betrachten wir den gesamten Lebenszyklus von Gebäuden: vom Bau bis zur Umnutzung. Bei manchen Aspekten – wie der Betrachtung von Gebäuden als Rohstofflager – stehen wir noch am Anfang.

Monika Lepel: Unser Claim ist „Beziehungen bauen". Dies umfasst auch unser Verhältnis zu Natur und Umwelt. Tatsächlich ist es oft auch die Begrünung in und an Gebäuden, insbesondere auf Dächern, die wir einsetzen. Grün zu denken heißt auch, vorhandenes Grün durch Bauen nicht zu zerstören. Davon profitiert die ganze Stadt!

DIE WIRTSCHAFT: Warum ist nachhaltig bauen heutzutage so wichtig geworden?

Reinhard Lepel: Ein Bericht des UN-Umweltprogramms zeigt, dass die CO_2-Emissionen durch Gebäude in 2019 38 Prozent der globalen CO_2-Emissionen und 55 Prozent der globalen Elektrizitätsnutzung ausmachen. Dies beinhaltet auch die Stromerzeugung, die für den Betrieb von Gebäuden notwendig ist. Wir müssen also so bauen, dass Gebäude weniger verbrauchen.

Monika Lepel: Natürlich geht es auch um die Menge, die wir bauen und benutzen. Als Architekten und Innenarchitekten ist für uns Umbauen auch immer eine Option, die es zu prüfen gilt. Das spart oft Ressourcen und versiegelt weniger Fläche.

DIE WIRTSCHAFT: Wie schaffen Sie es, dass Design und Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen?

Monika Lepel: Indem wir in großen Zyklen denken und handeln und modische Effekte vermeiden. Wir planen vernünftig und setzen mit hoher Qualität um. Möglichst keine Effekthascherei.

DIE WIRTSCHAFT: Wann haben Sie sich intensiv der Nachhaltigkeit verschrieben und was war der Auslöser?

Reinhard Lepel: 2016 begann die Planung für „Clouth 104" in Köln-Nippes, ein Projekt, in dem wir nicht nur die Architektur und später unser eigenes Büro geplant haben, sondern auch als Projektentwickler am Start waren. Da hat vieles sehr gut zusammengepasst und wir haben von Beginn an eine hohe Zertifizierung angestrebt. In der Konstellation von Projektentwicklung, Planung und Nutzung und mit dem Bewusstsein, dass hier ein großer Stadtbaustein realisiert wird, sahen wir die Möglichkeit, unserer Überzeugung noch mal entschiedener Ausdruck zu verleihen, dass Architektur einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung leisten muss.

DIE WIRTSCHAFT: Welche Rolle spielt das „Miteinander" im Bereich nachhaltiges Bauen?

Reinhard Lepel: Wir sind Mitglied der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen, kurz DGNB, sowie der „Phase Nachhaltigkeit", einer gemeinsamen Initiative der Bundesarchitektenkammer und der DGNB. Wir verpflichten uns, die Nachhaltigkeit bei jedem Projekt voranzutreiben. Dazu suchen wir auch Planungspartner*innen, die den Bauablauf und -betrieb nachhaltig planen. Konkret heißt das auch, sehr frühzeitig die Auftraggeber*innen in puncto Haltung und Kosten einzubeziehen, auch wenn kein Label der Zertifizierung angestrebt ist. Zudem sind wir der „German Architects Declare Climate & Biodiversity Emergency" früh beigetreten. Dieser Zusammenschluss stuft den Klimakollaps und einen Verlust an Biodiversität als die größten Probleme unserer Zeit ein. Gebäuden und Bauvorgängen kommt eine tragende Rolle zu, denn auf sie fallen rund 40 Prozent aller CO_2-Emissionen.

Das Büroloft Clouth 104 in Köln-Nippes ist ein Vorzeigeprojekt im Sektor „Nachhaltig bauen“

Foto: HG Esch

DIE WIRTSCHAFT: Welche konkreten energiesparenden Maßnahmen werden bei Ihren Bauprojekten ergriffen, um Umwelt und Klima zu schonen?

Monika Lepel: Wir versuchen, so viel Architektur wie möglich und so wenig individuelle Ausstattung wie nötig herzustellen. Die raue, ehrliche Gestalt unseres Bürolofts in Nippes beispielsweise beinhaltet nur wesentliche Elemente im minimalistischen Design.

Reinhard Lepel: Apropos Büroloft: Alle verbauten Materialien wurden auf Umweltverträglichkeit geprüft und zertifiziert. Wir erfüllen mit erhöhten Wärmedämm-Maßnahmen bei Fassade und Dach in Kombination mit Fernwärmeanbindung und Bauteilaktivierung ein ganzes Bündel an Faktoren, das zu einer deutlichen Reduzierung der Energie beiträgt. Das intensiv insektenfreundlich begrünte Dach trägt als CO_2-Speicher zur Regenwasserrückhaltung und zur Kühlung des Gebäudes bei.

DIE WIRTSCHAFT: Inwieweit trägt das Büroloft dem Gedanken von „New Work“ Rechnung?

Monika Lepel: Flexibilität ist das Gebot der Stunde – nicht nur in puncto Nachhaltigkeit, sondern auch im Hinblick auf zukunftsfähige Arbeitswelten. In der loftartigen, offenen Gebäudestruktur ist maximale Freiheit in Ausbau und Nutzung gegeben. Sie ist robust, lässig und frei. „New Work“ ist aus unserer Sicht vor allem der kommunikative und kollaborative Teil des Arbeitens. Da braucht es Freiräume, die Kreativität unterstützen und in die Menschen gerne kommen, um Kolleg*innen zu treffen. Das ist uns hier gut gelungen. Dazu tragen auch die großzügige Dachterrasse und die gute Anbindung an das lebendige Nippes bei.

DIE WIRTSCHAFT: Auch privat haben Sie sich den Traum von einem nachhaltigen Haus realisiert. Was ist das Besondere an Ihrem Feriendomizil in der Eifel?

Monika Lepel: Das Hanggrundstück ist Teil von weitläufigen Streuobstwiesen. Daher haben wir sehr auf einen kleinstmöglichen Fußabdruck geachtet und weder Bäume gefällt noch Flächen im Außenbereich versiegelt. Außerdem wurden durch die Holzbauweise fast ausschließlich rückbaufähige Materialien verwendet.

Reinhard Lepel: Die Anteile von Holz und Glas in der Fassade sind so berechnet, dass wir von der Heizung, die über eine Erdwärmepumpe gespeist wird, kaum Gebrauch machen. Das auskragende begrünte Dach dient als sommerlicher Wärmeschutz. Die gesamte Bepflanzung ist regional. Wir haben alte Apfelsorten gepflanzt, die die bestehende naturbelassene Streuobstwiese gut ergänzen.

DIE WIRTSCHAFT: Welche Subventionen gibt es für gewerbliche nachhaltige Baumaßnahmen vom Staat?

Reinhard Lepel: Gemäß der Bundesförderung für effiziente Gebäude werden gewerbliche Bauvorhaben im KfW-40-EE-Standard mit bis zu 50 Prozent Fördersumme unterstützt. Dies gilt für die baulichen Maßnahmen, welche die Erreichung des Energiestandards unterstützen. Bis zu 2.000 Euro pro Quadratmeter bzw. gesamt maximal 30 Millionen Euro sind möglich.

DIE WIRTSCHAFT: Wie schätzen Sie die Lage der Kölner Wirtschaft auf dem Gebiet „nachhaltig bauen“ ein?

Monika Lepel: Köln darf mehr halten, was es verspricht. Die Kompetenzen hervorragender Planer*innen sind regional durchaus präsent. Die Bereitschaft, Herausragendes umzusetzen, ist jedoch schwächer ausgeprägt als in anderen Metropolen. Die Stadt selbst muss auch sichtbarer vorangehen und klare Zeichen in Nachhaltigkeit und Qualität setzen.

DIE WIRTSCHAFT: Welche weiteren Maßnahmen sind bei Lepel & Lepel für die Zukunft geplant, um nachhaltiges Bauen noch weiter voranzutreiben?

Monika Lepel: Vielleicht illustriert der aktuelle Umgang mit unserer eigenen Materialbibliothek der Architektur und Innenarchitektur den Wandel ganz gut: Während wir in der Vergangenheit in unserer Materialbibliothek nachhaltige Materialien besonders gekennzeichnet haben, stellen wir nun auf rein nachhaltige und zertifizierte Materialien um. Eine besondere Kennzeichnung erhalten dann nur noch die nicht nachhaltigen Produkte – quasi als Giftschrank.

Astrid Waligura

In der Eifel hat sich das Ehepaar Lepel den Traum vom nachhaltigen Hideaway erfüllt

Foto: HG Esch

Anzeige

KOMPETENZZENTRUM IM KÖLNER SÜDEN

Optimale medizinische Versorgung mit einem klaren Konzept

Die Facharztpraxen und der Klinikbereich in der Klinik LINKS VOM RHEIN versorgen jedes Jahr mehr als 80.000 Patienten

Seit fast 20 Jahren ist die Klinik LINKS VOM RHEIN in Rodenkirchen als medizinisches Kompetenzzentrum im Süden Kölns bekannt. Mit einem klaren Konzept, das die optimale Versorgung und die Sicherheit der Patienten in den Vordergrund stellt. Im Klinikbereich für ambulante und stationäre Operationen werden jedes Jahr mehr als 5.000 Eingriffe durchgeführt.

Die Klinik LINKS VOM RHEIN in Rodenkirchen hat ihren festen Platz in der medizinischen Versorgung. Die Patienten kommen aus Köln und dem direkten Umland und immer häufiger auch aus dem nahe gelegenen Ausland. Die hier aufgeführten Ärzte sind auch operativ tätig, ihre Praxen befinden sich im Haus. Weitere niedergelassene Ärzte aus dem Kölner Raum kommen als externe Operateure hinzu.

Die Anästhesiologie

Sie arbeitet interdisziplinär und stellt das Bindeglied zwischen Operateur und Patient dar. Die Anästhesiologiepraxis ASG steht seit mehr als 20 Jahren für die kompetente anästhesiologische Betreuung von ambulanten und stationären Patienten. Ein Schwerpunkt ist die Kinderanästhesie. Die behandelnden Ärzte sind Michael König, Tom Kurthen und Kollegen.

Das Augenzentrum

Es bietet ein großes Spektrum augenärztlicher Diagnostik und Therapie auf der Basis hoher Fachkompetenz und modernster medizinischer Technik. Im Mittelpunkt steht die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Ärzte mit ihren Patienten. Neben der allgemeinen bildet die operative Augenheilkunde den Schwerpunkt des Zentrums. Heinz-Günther Göddertz, Dr. Stefan Christmann und Kollegen sind das Ärzteteam für diesen Bereich.

Die Hals-Nasen-Ohren-Spezialisten

Sie decken das konservative und einen Großteil des operativen Spektrums der HNO-Heilkunde ab und behandeln Patienten mit allen Krankheitsbildern in diesem Bereich – von der Diagnose bis zur Genesung. Die sehr erfahrenen Operateure führen die Nasenoperationen besonders schonend durch und verzichten auf das Legen von Tamponaden. Dr. Stephan Leuwer und Dr. Gero Quante sind die dort verantwortlichen Experten.

Fotos: Klinik links vom Rhein / fotoatelier sued

Die Bettenstation in der Klinik LINKS VOM RHEIN versorgt die stationären Patienten in persönlicher Atmosphäre

Neurochirurgie und operatives Wirbelsäulenzentrum

Die Bandbreite der sehr erfahrenen Neurochirurgen reicht von minimalinvasiven Therapieverfahren (Periradikuläre Therapie (PRT), Facettentherapie) über mikrochirurgische Operationen an der Wirbelsäule in 3-D-Technik (Bandscheibenvorfall, Spinalkanalstenose) und stabilisierende Operationen (Spondylodese, Kyphoplastie) bis hin zu schmerztherapeutischen Eingriffen (Schmerzschrittmacher) und Chirurgie der Nerven (beispielsweise Karpaltunnelsyndrom). Es ist das Fachgebiet von Dr. Djamschid Akbarpour, Dr. André Seeliger, Stephan Carl Wenzel und Kollegen.

Die Endoskopie/operative Frauenheilkunde

Der Schwerpunkt liegt in der schonenden minimalinvasiven Chirurgie (Schlüsselloch-Chirurgie) bei starken Regelschmerzen, Blutungsstörungen, unerfülltem Kinderwunsch und zahlreichen anderen „Frauenleiden“. Der zuständige Arzt ist Sebastian Effinger.

Die Sporttraumatologie, Orthopädie und Gelenkchirurgie

Sie ist spezialisiert auf eine umfassende und sorgfältige Diagnostik, um Sportverletzungen sowie Erkrankungen der Gelenke und der Bewegungsorgane so schnell wie möglich zu heilen. Im Mittelpunkt steht die Gelenkarthrose, die vielfältige Ursachen haben kann. Für die optimale Behandlung werden individuelle Therapiekonzepte entwickelt. Dort kümmern sich Prof. Dr. Jürgen Höher, PD Dr. Oliver Greshake, PD Dr. Maurice Balke, Sandro Meider und ihr Team um die Patienten.

Die Plastische & Ästhetische Chirurgie

Diese beinhaltet das gesamte Spektrum der ästhetischen und rekonstruktiven Brustchirurgie, Straffungsoperationen, Blepharoplastiken, tumorbedingte chirurgische Eingriffe im Gesicht und am Körper, Narbenbehandlungen sowie die konservative ästhetische Medizin. Es ist das Fachgebiet von Dr. Philipp Richrath und Andreas L. Wüst.

Die Urologie

Sie ist als „Urologie mit Herz im Süden von Köln“ bekannt und bietet konservative und operative Urologie auf höchstem Niveau, in der die Patienten im Mittelpunkt stehen. Schwerpunkte unserer Urologie sind die Uroonkologie mit einem besonderen Fokus auf Vorsorge, Diagnostik und Therapie des Prostatakarzinoms und Blasenkarzinoms, die gutartige Prostatavergrößerung und die Urologie der Frau. Seit Ende 2020 setzen wir in der Lasertherapie von Prostata und Harnsteinen auf einen neuartigen Thulium-gepulsten Laser und bewegen uns damit am Puls der Zeit.

Neben diesen Facharztpraxen sind weitere Facharztpraxen in der Klinik LINKS VOM RHEIN ansässig: Dermatologie/Allergologie/Dermato-Chirurgie, Internisten/Gastroenterologie, Kieferchirurgie/Implantologie, Kinder- und Jugendmedizin, Neurologie/Psychiatrie/Psychotherapie/Coaching, Zahnheilkunde und Zahnmedizin.
Komplettiert wird das Angebot durch den Bereich Ästhetische Medizin und die folgenden Partner: Apotheke, Physiotherapie, Kosmetisches Institut/medizinische Fußpflege, Medizintechnik.

In der immer noch aktuellsten Umfrage des Handelsblatts „Deutschlands beste Kliniken“ hat die Klinik LINKS VOM RHEIN in der Kategorie Anästhesiepraxen/Praxiskliniken den 1. Platz belegt und wurde als beste Klinik ausgezeichnet.

Die Ärzte arbeiten bei Bedarf interdisziplinär zusammen: Kurze Wege für die Patienten.

LIEBE AUF DEN ZWEITEN BLICK

Kölns Kulturschätze im Schatten des Doms sind einzigartige historische Meilensteine

Foto: Sandra Pohl - stock.adobe.com

Der Dom ist Kölns alles überragender Kulturschatz

Natürlich ist die gotische Kathedrale Kölns erster Touristenmagnet. Der Dom hat jedoch bundesweit große Konkurrenz, und auch innerhalb der Stadtgrenzen finden sich Kunst- und Kulturhighlights. Diese werden leider keineswegs optimal in Szene gesetzt.

Was, denken Sie, ist Deutschlands meistbesuchte Touristenattraktion? Schloss Neuschwanstein? Der Kölner Dom? Oder doch der Berliner Reichstag? Je nach Umfrage fallen die Ranglisten unterschiedlich aus. Aber die Genannten befinden sich immer unter den Top Ten. Und auch die Popkultur – etwa das Miniatur-Wunderland in Hamburg oder der Europapark in Rust bei Freiburg – erweisen sich als große touristische Anziehungspunkte.

Die Schätze der Stadt ins rechte Licht rücken

Als die deutsche Kulturhauptstadt gilt das sächsische Dresden. Köln verbindet man eher mit Kathedrale, Kölsch und Karneval. Dabei wird übersehen, dass Köln eine so einzigartige historisch kulturelle Stadt ist. Das Problem dabei: Köln zeigt auch hier – wie in vielen anderen Themen –, dass die Schätze der Stadt erst auf den zweiten Blick erkennbar sind: Die zwölf romanischen Kirchen der Innenstadt neben unzähligen Kirchen im gesamten Stadtgebiet gehören dazu. Ebenso wie die Sammlungen der Museen – darunter allein sieben städtische Museen –, die Oper, Philharmonie, das Schauspielhaus, aber auch eine vielfältige freie Szene, die ihresgleichen sucht. Last but not least gilt das aber auch seiner römischen Vergangenheit, die an so vielen Orten der Stadt sichtbar wird.

Besonders deutlich wird diese geballte Kultur an der Via Culturalis, inmitten der City mit aktuell fortschreitendem Bau des neuen Jüdischen Museums. Zwischen dem Kölner Dom und St. Maria im Capitol entsteht ein Areal mit einer neuen Mitte der Stadt. Waren es früher die Altstadt oder Hohe Straße, so wird zwischen diesen großen Achsen der Stadt eine neue Verbindung zwischen beiden Sakralbauten entstehen, die Köln in eine völlig neue Dimension der Kultur hieven wird – größer und umfangreicher als die Museumsinseln in Berlin.

Noch ist es sicherlich nicht so offensichtlich, aber mit dem Fortschreiten des Baus des Jüdischen Museums und dem Erweiterungsbau des Wallraf-Richartz-Museums wird deutlich, welche Schätze in diesem Gebiet entstehen.

Hinzu kommt die größte innerstädtische Bauentwicklung seit dem 2. Weltkrieg mit der Entwicklung des Laurenz Karrees – dieses Areal weist eine große Dichte Kölner Kultur auf und wir sollten als Stadt und Bürger verstehen, dieses einzigartige Juwel für unsere Entwicklungen und unser Image zu nutzen.

Gerade in einer sich stark verändernden Welt spielt die Kultur eine wichtige Rolle, denn sie bringt uns mit der Vergangenheit in Kontakt, die wiederum wichtige Signale bzw. die Basis für die Entwicklungen der Zukunft sein wird.

Studien zeigen auf, wie Kultur Städte nachhaltiger, sicherer und belastbarer macht. Das Resümee dazu lautet, dass kulturelle Aktivitäten den sozialen Zusammenhalt stärken. Sie fördern den Dialog zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Auf diese Weise stärken sie eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung über die Kultur- und Kreativwirtschaft.

Die kreativen Potenziale müssen sich in der Kultur wiederfinden

Gerade in einer Stadt wie Köln, in der ein Viertel der Bürger im Ausbildungsverhältnis steht und viele Nationalitäten und Kulturen miteinander leben, ist eine große Kreativität vorhanden, die sich in der Kultur wiederfindet. Diese Kraft sollte genutzt werden und sich nicht nur städtebaulich, sondern in der gesamten Entwicklung der Stadt als Triebfeder wiederfinden. Dabei geht es auch darum, der Kultur neue Räume zu geben und sie nicht nur spartenübergreifend, sondern auch an neuen Orten erlebbar zu machen.

STADTMARKETING KÖLN hat deshalb seinen Beirat im Kernbereich Kunst & Kultur neu aufgestellt und um die Bereiche der freien Szene sowie der kulturellen Bildung ergänzt. Helmut Schmidt, Vorstandsvorsitzender, dazu: „Aus dem Kreis unserer Beiratsmitglieder erarbeiten wir wichtige Impulse für unser Handeln und für die Entwicklungen der Stadt, die wir mit unseren Projekten unterstützen wollen und mit der eine qualitative Ausrichtung verbunden ist.“

Heribert Eiden

NetCologne
IT kütt
von uns.
Bei NetCologne ist mehr für Sie drin: Business-IT,
Internet und Telefonie aus einer Hand.
Arnella Kushnir
Service Managerin
NetCologne IT Services
netcologne.de/itk
Uns verbindet mehr.

Entdecken Sie viele „proaktive“ Einrichtungslösungen für mehr Gesundheit und Erfolg in Büro und Betrieb zu attraktiven Preisen im Online-Shop unter delta-v.de.

Als Dank erhalten Sie einen **50 € Gutschein*** für Ihren nächsten Einkauf im Online-Shop von DELTA-V!

Gutschein-Code: DV50DW21
delta-v.de

*Der Gutschein ist einmalig einlösbar, kann nur im Online-Shop www.delta-v.de verwendet werden,ist ab einem Nettobestellwert von 250 € und bis einschließlich 31.12.2021 gültig. Dieser Gutschein kann nicht mit anderen Gutscheinen kombiniert werden. Es besteht kein Anspruch auf Barauszahlung des Gutscheins.

DELTA-V
Büro- und Betriebseinrichtungen

DELTA-V GmbH • Büro- und Betriebseinrichtungen • Eichenhofer Weg 71 • 42279 Wuppertal • Tel. Fachberatung: 0 23 39 / 90 98 50 • Online-Shop: delta-v.de